1934 Nr. 18-20. Juli 1934. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Zur Wirtschaftslage im Posener Gebiet.

Unsere früheren Berichte über die Wirtschaftslage Posens (1933, Nr. 6, S. 25*—29*, Nr. 7—8, S. 29*; 1934, Nr. 7, S. 27*—28*, Nr. 10, S. 41*—43*, Nr. 11—12, S. 47*—49*, Nr. 15, S. 66*—67*) erfahren eine nicht unwesentliche Ergänzung durch eine Sonderbeilage der „Codzienna Gazeta Handlowa", die in einer Reihe von Aufsätzen einen Querschnitt durch die gegenwärtige Wirtschaftslage Großpolens (= Posens) zu bieten versucht. Eingeleitet und begründet wird die Artikelreihe durch folgende redaktionelle Betrachtung:

„Wenn Fabrikschornsteine und Fördertürme das Symbol Oberschlesiens sind, Weberwerkstätten das Wirtschaftsleben des Lodzer Gebietes kennzeichnen, ist der Pflug — das Symbol der Wirtschaftsstruktur Großpolens. Vor dem Weltkriege hatten Posen und Pommerellen, dem großen Wirtschaftsorganismus des Deutschen Reiches angegliedert . . ., nicht die Möglichkeit, eine eigene Industrie großen Stils zu schaffen, konnten auch den Außenhandel nicht in größerem Ausmaß entwickeln. Unter diesen Bedingungen konzentrierte sich das Wirtschaftsleben Großpolens fast ausschließlich in der Landwirtschaft und der darauf beruhenden Industrie, in Kleinhandel und -handwerk. Während Großpolen seinen Bedarf an Industrieprodukten fast ganz in . . . Deutschland deckte, legte es umso größeres Gewicht auf die Landwirtschaft und konnte unter Ausnutzung der Privilegien, die das Reich gewährte, die Agrarkultur auf einen hohen Stand bringen; dank dessen verwandelte sich der von Natur sandige Boden im Laufe langer Jahrzehnte in ein Land, das quantitativ und qualitativ vorzügliche Ernten lieferte. So wurde Großpolen . . . die Quelle des Lebensmittelbezuges für Deutschland, erlangte es den Namen der Kornkammer des Reiches.

Nach dem Kriege stand Großpolen vor zwei grundlegenden Problemen: was war mit dem Überschuß der Agrarproduktion anzufangen, woher sollten die Industrieprodukte zur Befriedigung seines regionalen Bedarfs bezogen werden? Großpolen konnte seine agrarische Überproduktion nicht ganz in den übrigen Teilen Polens unterbringen, weil auch dort die Agrarproduktion recht stark entwickelt ist. Dadurch gezwungen, begann man die Auslandsmärkte zu erobern und lebhaften Export agrarischer Produkte zu betreiben . . .

Die Westwojewodschaften verstanden es, sich relativ recht schnell auf den ausländischen Absatzmärkten festzusetzen, dabei nahm fast vom ersten Jahr der Unabhängigkeit Polens der Agrarexport Posens und Pommerellens den ersten Platz im polnischen Agrarexport ein. Der dominierende Anteil der Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Industrie Westpolens im gesamten Agrarexport Polens folgt nicht nur aus der geographischen Lage . . ., sondern vor allem aus der Tatsache, daß die hiesige Landwirtschaft qualitativ hochstehende, einheitliche und in hohem Maße den Wünschen der Auslandsabnehmer angepaßte Güter erzeugt. Nicht jeder ist sich dessen bewußt, daß Westpolen in Prozenten des gesamten polnischen Exports (für 1932 Zahlen der Bahntransporte ohne Wassertransporte. die Westpolens Anteil bedeutend steigern würden) exportiert: Roggen 70,8 %, Gerste 74,2 %, Mehl 84 %, Kartoffeln 88 %, Schweine 35 %, Fleisch 59 %, Zucker 86 %, Butter 50 %.

Die hochentwickelte Landwirtschaft hat grundlegenden Einfluß auf die Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens Großpolens gehabt und die Entwicklung der Industrie gerade auf den Gebieten, wo sich die Industrie mit der Landwirtschaft berührt, bewirkt. Auf diese Weise trat die landwirtschaftliche Industrie an die Spitze der Industrie Großpolens. Sie dominiert nicht nur in Westpolen, sondern erdrückt mit ihrem Gewicht auch diese Industriezweige in ganz Polen: z. B. verarbeiten die Zuckerfabriken Westpolens 54 % der polnischen Rübenproduktion, arbeiten von 1400 in ganz Polen tätigen Brennereien im Gebiet Posens und Pommerellens 636 = 46 %; im Posener Gebiet besteht die einzige kartoffelverarbeitende Industrie Polens mit der größten derartigen Fabrik ganz Europas.

Neben der landwirtschaftlichen Industrie, der auch die hochentwickelte Mühlenindustrie zuzurechnen ist, tritt — besonders im Bromberger Gebiet — noch die Holzindustrie hervor.

Nach der Unifizierung stand Großpolen, des billigen Industrieproduktes beraubt, vor der Notwendigkeit, es aus dem Landesinnern herbeizuführen. Da vielfach der Transport unnötige Verteuerung der Güter bewirkte, war schon in den ersten Jahren der Unabhängigkeit die Tendenz zur Neugründung von Industriewerken erkennbar . . . Besondere Beachtung verdient dabei . . . die Mitarbeit des Auslandskapitals, das an 35 Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. mit zusammen 18 Millionen Złoty beteiligt ist . . . (vergl. 1933, Nr. 2, S. 8*) Der Anteil der Industrie Großpolens und Pommerellens an der polnischen Industrieproduktion beträgt 26 %, dabei sind die einzelnen Industriezweige . . . der beiden Wojewodschaften mit folgenden Zahlen . . . beteiligt: Metallindustrie 34,5 %, Elektroindustrie 15,3 %, Holzindustrie 14 %, Verbrauchsmittelindustrie 16 %, Lederindustrie 8,1 %.

Dieser Anteil ist relativ hoch, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung Großpolens und Pommerellens 10 % der Staatsbevölkerung bildet . . ."

Die Reihe der Beiträge wird nun eröffnet durch einen Aufsatz des Posener Wojewoden R. Raczyński, der davon ausgeht, daß — wie in ganz Polen — auch in Großpolen die Krise überwunden, jedenfalls die Zeit massenhafter Zusammenbrüche wirtschaftlicher Unternehmen vorüber ist. Aus der Konkursstatistik (Zahl der Konkurse 1932—1933 in ganz Polen 549 bzw. 301, in Posen 125 bzw. 69) ergibt sich, daß nach Ausmerzung der schwächsten Unternehmen eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaft eingetreten ist, die verbliebenen Firmen auch in der Krise lebensfähig sind. Ausdruck der Wirtschaftsgesundung ist auch der Rückgang der Wechselproteste (in Posen 1930 — 131,8 Millionen, 1933 — 39,9 Millionen Zloty). Andererseits kommt die Überwindung der Krise zum Ausdruck in der relativ normalen Entwicklung der Kapitalbildung; aus der beigefügten Statistik der Einlagen bei sechs Aktienbanken Groß-

polens geht u. a. hervor, daß vom 31. 12. 1931 — 31. 12. 1933 die befristeten Einlagen zwar von 49,5 auf 39,4 Millionen Zloty gesunken, die übrigen Einlagen und Guthaben in laufender Rechnung aber recht unverändert geblieben sind (36,9 bzw. 35,7 Millionen Zloty). Unverändert blieben auch die Sparkasseneinlagen (1930 — 125 Millionen, Ende 1933 — 128 Millionen Zloty.

Zur Produktion übergehend, erinnert der Wojewode daran, daß er in Erkenntnis der überragenden Bedeutung der Landwirtschaft für diese Gebiete wiederholt (z. B. in einem vor Jahresfrist an dieser Stelle veröffentlichten Aufsatz) folgende Hilfsmaßnahmen gefordert hat: 1. Kredit- und Steuererleichterungen für die Landwirtschaft, 2. Stützung der Agrarpreise, 3. Schließung der Preisschere. Jetzt könne er feststellen, daß in der Zwischenzeit die Regierung ihr Möglichstes zur Behebung der Agrarkrise getan hat.

„Im vergangenen Jahre wurden die sogenannten Agrarfinanzgesetze — deren Zweck die Entschuldung der Landwirtschaft und die Konversion ihrer Schulden ist — erlassen, erhielt die großpolnische Finanzkammer weitgehende Vollmachten zur Stundung bzw. . . . Streichung von Steuerrückständen, von denen sie vielfach Gebrauch gemacht hat . . . Nicht zuletzt ist auch das Gesetz zu erwähnen, das die Landwirtschaft aus den Krankenkassen herausnimmt. . . . Die Aktion zur Hebung der Agrarpreise wurde im letzten Jahre ähnlich wie in den Vorjahren betrieben — aber trotz sehr positiver Arbeit des staatlichen Interventionsapparats — sind die Getreidepreise in diesem Jahr gegenüber den Preisen des Vorjahres um ca. 20—25 % gefallen . . . Sie übersteigen jedoch noch die Weltmarktpreise, und das ist ausschließlich der staatlichen Intervention zu verdanken.

Nicht besser ist die Lage des Marktes für lebendes Inventar, besonders für Schweine, deren Preise gegenüber dem Vorjahr um ca. 30 % gesunken sind. Da vor allem die Preise der Agrarprodukte über die Finanzlage der Landwirtschaft entscheiden, ist durch diese Angaben die materielle Lage des großpolnischen Dorfes recht klar gekennzeichnet. Die Lage der Landwirtschaft ist heute umso schwerer, als die Preisspanne zwischen den Agrar- und Industrieprodukten gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, weil das Preisniveau der Industrieprodukte ungefähr dasselbe geblieben, das der Agrarprodukte aber gesunken ist. Die Agrarfinanzgesetzgebung, die grundsätzlichen Einfluß zur Linderung der Krisenfolgen in der Landwirtschaft haben sollte, hat ihre Aufgaben nur zum Teil erfüllt, nämlich insoweit, als sie die Devastierung der landwirtschaftlichen Betriebe verhindert und eine gewisse Ordnung der Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner bewirkt hat. Bezüglich der Agrarverschuldung selbst aber hat sie der Landwirtschaft praktisch nicht viel gegeben. Trotz der Mühen der Regierung und Landwirtschaftsselbstverwaltung zur Besserung der Lage ist die Lage der Landwirtschaft sehr schwer. Da wir aber jetzt an der Schwelle einer neuen Wirtschaftsepoche stehen, ist daran zu denken, daß weiterer Schutz der Landwirtschaft die einzige Garantie für den Aufstieg des polnischen Wirtschaftslebens ist . . ."

Nach dieser Feststellung von der Unzulänglichkeit der bisherigen Hilfsmaßnahmen (vergl. 1934, Nr. 10, S. 41* ff.) wendet sich der Wojewode der Industrie zu und stellt nach Hinweis auf die Anzeichen einer Belebung in diesem Wirtschaftszweig Forderungen auf, die ebenfalls bereits von uns erwähnt wurden (vergl. 1934, Nr. 11—12, S. 47* ff.), nämlich:

„In letzter Zeit sind Ansichten laut geworden, daß Großpolen im Laufe der Zeit aus verschiedenen Gründen eine immer geringere Rolle im Wirtschaftsleben Polens spielen wird, da der Großhandel von Gdingen abgelenkt wird, die Industrie sich dem früheren Kongreßpolen zuwendet. Darauf gibt es nur eine Antwort: Industrie und Handel Großpolens dürfen sich nicht in dem engen Kreis des lokalen Marktes Posens und der Provinz Posen einschließen, sondern müssen mit ihren Waren auf sämtliche Märkte Polens gehen. Der Posener Kaufmann ist tatkräftig und unternehmungslustig, dabei wegen seiner Solidität bekannt . . . Daher muß er häufiger als bisher Großpolen verlassen und in andere Teile Polens eindringen, direkte Verbindungen anknüpfen und neue Abnehmer auffinden.

. . . In Industrie und Landwirtschaft . . . sind die bisherigen Produktionsrichtungen einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen und nicht wie bisher den Bedürfnissen des lokalen Marktes, sondern stärker den Bedürfnissen . . . ganz Polens anzupassen; gewisse Maßnahmen sind auf diesem Gebiet schon jetzt zu beobachten . . . Es geht jetzt darum, daß der Umstellungsprozeß an die Anforderungen der polnischen Märkte alle wichtigeren Produktionsstätten unserer Wojewodschaft erfasse . . . Wenn Industrie und Handel Großpolens ihre Arbeit in dieser Richtung fortführen, wird niemals die Befürchtung bestehen, daß Großpolen mit der Zeit an Bedeutung . . . verlieren könnte, zumal es als agrarisches Überschußgebiet . . . stets der Speicher sein wird, der nicht nur zur Versorgung der übrigen Gebiete Polens mit Agrarprodukten zureicht, sondern sogar Auslandsexport betreiben kann . . ."

Der folgende Aufsatz des Präsidenten der Posener Landwirtschaftskammer, Minister i. R. Morawski: „Die Landwirtschaft als Dominante des großpolnischen Wirtschaftslebens," geht von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Polens Westgebiete sind wirtschaftlich ein einheitliches Gebiet mit ähnlichen, wenn nicht sogar identischen Produktions-, Absatz- und Verkehrsbedingungen. Was für Posen gesagt wird, gilt also vielfach für Westpolen überhaupt (also auch für Pommerellen).

2. In Großpolen (= Posen) ist die landwirtschaftliche Industrie so eng mit der Landwirtschaft verbunden, daß beide Wirtschaftszweige nur als Einheit behandelt werden können.

Zunächst werden die in der redaktionellen Einleitung genannten Zahlen über den Anteil Posens am polnischen Agrarexport ergänzt durch Zahlen für die Produktion der kartoffelverarbeitenden Industrie Posens (der Anteil an der polnischen Produktion betrug 1931—1932: Kartoffelmehl 75—80 %, Kartoffelflocken 90 %, Syrup 75—80 %, Dextrin 95 %). Danach wird als Beweis für die Bedeutung der Landwirtschaft u. a. die Tatsache erwähnt, daß 1933 die Posener Lebensmittelindustrie im Monatsdurchschnitt 10 484 Arbeiter (= 23,5 % der Arbeiterzahl dieses Industriezweiges in ganz Polen), also 4 900 Arbeiter mehr als die Metallindustrie Posens beschäftigt hat. Danach fährt der Handelskammerpräsident fort:

„. . . Großpolen war seinerzeit der landwirtschaftliche Anbau zum Industrie-Organismus des Deutschen Reiches, daraus folgt der etwas einseitige Charakter der Produktion dieses Gebietes, die fast ausschließliche Beschränkung auf die Rolle des Rohstofflieferanten . . ."

Die Eingliederung in den polnischen Wirtschaftsorganismus hat die Landwirtschaft Posens vor neue technische und organisatorische Aufgaben gestellt. Dabei besitzt

„Großpolen, das weder hinsichtlich der Bodengüte noch des Klimas besonders privilegiert ist, wichtige Trümpfe in Gestalt hoher Kultur des Bodens und des Landwirtes. Sowohl der Boden wie der darauf arbeitende Mensch — diese zwei wichtigsten Produktionsfaktoren — tragen die Züge langjähriger Kulturarbeit, die gerade heute in der Zeit übergroßer Wirtschaftsschwierigkeiten konkrete Resultate zeitigen muß. Vorbedingung ist der in der Landwirtschaft schwer zu erreichende, trotzdem aber unerläßliche Bruch mit einem gewissen Traditionalismus der Produktion. Dieser Traditionalismus kommt vor allem zum Ausdruck in der gegenüber den wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten ungenügenden Differenzierung der Produktion . . ."

Beispielsweise fordert die Viehzucht zu weiterem Aufstieg bei dem bekannten Fehlen von Naturweiden in Posen eine gewisse Änderung der Bodenbestellung. Notwendig ist auch die Steigerung

des Gemüse- und Gartenbaues für den Bedarf der Konservenfabrikation (die 1929 bereits 10 % der Gesamtproduktion Polens) geliefert hat. Schließlich ist bei der Produktion die Änderung der Absatzbedingungen zu berücksichtigen.

„Ohne im mindesten auf die Exporteinstellung — die allein schon aus unserer geographischen Lage folgt — zu verzichten, muß die Landwirtschaft Großpolens angesichts der Schrumpfung der Auslandsmärkte mehr als früher Produkte erzeugen, die . . . bisher eingeführte Rohstoffe und Produkte, besonders auf dem Gebiet der Pflanzenfette, ersetzen können . . . Es ist festzustellen: die dominierende Rolle der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben Großpolens ist eine unbestreitbare und notwendige Tatsache. Die wirtschaftliche Existenz der gesamten Bevölkerung . . . ist direkt oder indirekt von der Lage der Landwirtschaft und der mit ihr eng verbundenen landwirtschaftlichen Industrie abhängig. Daher geht die großpolnische Landwirtschaft voll Verantwortungsgefühl in . . . den Kampf um die Erhaltung oder, besser gesagt, Wiederherstellung der Rentabilität der Betriebe . . . Ein solcher Kampf wird an der Wirtschaftsfront ganz Polens geführt; die direkten taktischen Ziele, die wir auf dem großpolnischen Abschnitt erstreben müssen . . ., sind: Differenzierung der Produktion, sowie ihre Standardisierung . . . auf möglichst hohem, den Ansprüchen der in- und ausländischen Bezieher angepaßten Niveau . . . Einen erfolgreichen Weg dazu erblicke ich u. a. in . . . den Organisationsarbeiten, die die Schaffung von Branche-Verbänden der Produzenten erstreben . . .“

Nunmehr schildert der Präsident der Posener Industrie- und Handelskammer, S. Samulski, die „Gegenwärtige Lage in der großpolnischen Industrie“ folgendermaßen:

Die Lage der Industrie zeigte allgemein im 4. Vierteljahr 1933 und 1. Vierteljahr 1934 eine gewisse Besserung (leichte Steigerung der Produktion, Abnahme der Lagerbestände). Obwohl noch in einigen Industriezweigen (Zucker-, Landmaschinenindustrie) ein Sinken der Produktion festzustellen war, ist das Gesamtbild der Lage in der Industrie heute günstiger als vor einem Jahr, und zwar aus folgenden Gründen: der Reinigungsprozeß ist ziemlich abgeschlossen (Konkurse und Geschäftsaufsichten sind fast auf den Stand der Vorkrisenzeit zurückgegangen), die Umstellung der Fabriken auf neue Produkte, ebenso die Angleichung der Produktionskosten an das Niveau der Länder mit entwerteter Währung ist vollzogen. Dazu kommt ein psychischer Faktor: die Rückkehr des Vertrauens.

„Das Schwinden der Furcht um die Zukunft unserer Währung, das Schwinden der Möglichkeit politischer Komplikationen (Nichtangriffspakte mit Sowjetrußland und Deutschland), die Verringerung der Möglichkeit sozialer Erschütterungen (dank der Vornahme großzügiger öffentlicher Arbeiten durch die Regierung usw.) — all das bewirkte die Rückkehr des Vertrauens in die Zukunft, das Vorbedingung jeder Konjunkturbelebung ist . . .“

Der Vertreter des Finanzministeriums bei dem Wojewodschaftskomitee für Agrarfinanzfragen, A. Kotiużyński (Direktor der Staatlichen Landwirtschaftsbank, Posen), versucht in seinem Beitrag: „Die Agrarfinanzaktion auf dem Gebiet Großpolens,“ nach kurzer Charakteristik der wichtigsten Gesetze (über Schiedsämter, Gerichtsaufsicht, Akzeptbank) gegenüber den bisherigen Feststellungen von der Unzulänglichkeit der Regierungsmaßnahmen (vergl. 1934, Nr. 10, S. 41*) eine Verteidigung der Regierungsmaßnahmen, die schließlich feststellt: Wenngleich natürlich nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, werde doch allgemein anerkannt,

„daß die Schutzgesetzgebung der Landwirtschaft sehr bedeutenden Nutzen gebracht und in den Verhältnissen des Landes große Beruhigung geschaffen hat; sie schuf die Überzeugung, daß die Regierung der Landwirtschaft Großpolens ausgiebige Fürsorge gewährt hat und um ihr Schicksal besorgt ist . . .“

Es folgt ein umfangreicher Aufsatz: „Großpolen als Steuerbezirk,“ in dem der Direktor der Posener Finanzkammer, F. Świtalski, ungefähr folgendes ausführt:

Als vom Weltkrieg unberührtes Gebiet hoher Wirtschaftskultur nimmt Posen in steuerlicher Hinsicht von jeher einen hervorragenden Platz unter den Wojewodschaften Polens ein; daran hat auch die Wirtschaftskrise nichts ändern können. Bezüglich der Höhe der Steuerveranlagung steht Posen in Polen an 3. Stelle (hinter Warschau und Łódź), bezüglich des tatsächlichen Steueraufkommens gar an 2. Stelle (hinter Warschau). Grund dafür ist neben den rein wirtschaftlichen Verhältnissen die hohe Steuermoral der Bevölkerung sowie die Tatsache, daß hier stärker als im übrigen Polen Bücher geführt und den Steuerbehörden vorgelegt werden (in Posen legten zur Veranlagung der Umsatzsteuer 15,6 % der Zensiten Bücher vor, in der Wojewodschaft Łódź nur 6,7 %!). Die Veranlagung auf Grund von Handelsbüchern bedeutet zwar eine erhebliche Arbeitssteigerung der Behörden, gewährt diesen aber wiederum die Möglichkeit, das Einkommen ähnlicher Betriebe ohne Buchführung einzuschätzen.

Die Veranlagung der wichtigsten Steuern (Grund-, Gebäude-, Umsatz- und Einkommensteuer) ergab in der Hochkonjunktur (1928—1929) 85 Millionen Zloty, im Jahre 1932—1933 nur 56 Millionen Zloty = 11,3 % des Steueraufkommens in Polen (ohne die Wojewodschaft Schlesien). Wie aus der folgenden Statistik ersichtlich, ist der Rückgang allein auf den Minderertrag der konjunkturempfindlichen Umsatz- und Einkommensteuer zurückzuführen:

	1929		1932	
	Mill. Zł.	%	Mill. Zł.	%
Grundsteuer	8,2	9,7	8,2	14,4
Gebäudesteuer	6,3	7,4	7,2	12,6
Umsatzsteuer	32,4	38,2	19,6	34,5
Einkommensteuer	37,9	44,7	21,9	38,5
	84,8		56,9	

Ein Vergleich der Erträge der letzten drei Jahre mit den Gesamterträgen in Polen ergibt folgenden Anteil der Wojewodschaft Posen am Gesamtsteueraufkommen Polens (ohne die Wojewodschaft Schlesien): Grundsteuer 12,2 % (an 2. Stelle hinter Warschau, obwohl Posen bezüglich der Steuerfläche nur die 9. Stelle einnimmt), Gebäudesteuer 11,9 % (an 3. Stelle hinter Warschau und Łódź), Umsatzsteuer 10,7 % (3. Stelle hinter Warschau und Łódź; nach Angaben über den Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige am Steueraufkommen wird bemerkt, daß der Ertrag künftig infolge der Steuerermäßigungen und -befreiungen weiter sinken wird), Einkommensteuer 11,4 % (3. Stelle hinter Warschau und Łódź).

Aus einer weiteren Statistik über den Anteil der einzelnen Einkommensarten am Ertrag der Einkommensteuer in den Jahren 1928—1929 und 1932—1933 geht vor allem deutlich hervor, daß die Einnahmen der Landwirtschaft am stärksten (um 65 %) gefallen sind.

Nach Mitteilungen über die Entwicklung der Gewerbe-, Vermögens- und Kapitalsertragssteuer, deren Erträge 1928—1929 bis 1932—1933 von 105,6 auf 73,2 Millionen Zloty gesunken sind, wird das letzte Steuerjahr 1933—1934 (10 Monate) folgendermaßen charakterisiert:

„Verglichen mit dem Vorjahr . . . sind die Erträge der Grund- und Gebäudesteuer unbedeutend gewachsen, während sich die Erträge der gewerblichen Umsatzsteuer auf ziemlich derselben Höhe gehalten haben. Die Einkommensteuer aber zeigt einen bedeutenden Rückgang, der den Ertrag der 1933 eingeführten außerordentlichen Vermögensabgabe aufhebt, so daß die Gesamtsumme der Eingänge sich in diesem Haushaltsjahr auf dem Niveau des Vorjahres hält. Festzustellen ist, daß die Wirtschaftskrise in Großpolen etwas mildere Formen zeigt als in den anderen Teilgebieten des Staates, daher ist auch der Anteil Großpolens an den Gesamterträgen des Staates (ohne Schlesien) aus direkten Steuern gewachsen; er betrug 1929—1930 — 11,7 %, 1930—1931 — 11,8 %, 1931—1932 — 12,2 %, 1932—1933 — 12,5 % und hat Großpolen vom 3. Platz

. . . (hinter Warschau und Łódź) auf den 2. Platz (hinter Warschau) gebracht. Das letzte Jahr aber hat infolge der Besserung der Lage in der Wojewodschaft Łódź bereits wieder Łódź einen unbedeutenden Vorsprung vor Großpolen gegeben."

Es folgen Angaben über die Erträge der Stempel-, Erbschafts- und Schenkungssteuer nebst Zuschlägen, wobei u. a. festgestellt wird, daß diese seit 1928—1929, dem Jahr der Hochkonjunktur, infolge der Krise gleichfalls ständigen Rückgang (um ca. die Hälfte) aufweisen. Immerhin steht auch hier Posen gegenüber dem restlichen Staatsgebiet noch recht günstig da, da sein Anteil an dem Gesamtaufkommen dieser Steuern von 1928—1929 bis 1933—1934 von 10,6 auf 12,8 % gestiegen ist.

Der Abschnitt: Steuererleichterungen erwähnt, daß die Verordnung vom 14. 3. 1933 von der Landwirtschaft stark ausgenutzt worden ist; von den Rückständen in Höhe von 7 Millionen Złoty (März 1933) sind 1,2 Millionen gezahlt, 3,8 Millionen gemäß dieser Verordnung gestrichen worden. Danach behandelt Verfasser noch die indirekten Steuern. Er betont zunächst die große Zahl der Betriebe, die Akzise- oder Monopolwaren herstellen, und erklärt:

„An erster Stelle sind die 430 Brennereien zu erwähnen, die fast ⅕ der Brennereien im ganzen Staat stellen, ferner die insgesamt 16 Zuckerfabriken mit einer Produktionskapazität, die zur Deckung des polnischen Gesamtbedarfs genügt, Brennereien, Weinfabriken . . ., sowie eine Hefefabrik und zahlreiche Spiritusverwertungsbetriebe. Leider wird die Produktionskapazität dieser Unternehmen kaum zu geringem Teil ausgenutzt. Wenn in diesem Jahr in den Brennereien eine gewisse Besserung eingetreten ist, hat sich in anderen Industriezweigen, besonders in der Bierbrauerei, die Lage ständig verschlechtert.

Als Zentrum des Verbrauchs von Akzise- und Monopolwaren tritt Großpolen . . . hinter Warschau, Schlesien und Łódź zurück. Übrigens bringen die Erträge der indirekten Steuern im Gebiet Großpolens die Konsumfähigkeit der hiesigen Bevölkerung nicht genügend zum Ausdruck, da einerseits den hiesigen Kassen Steuern für Güter, die anderswo verbraucht werden (vor allem Zucker . . .), zufließen, andererseits der hiesige Markt teilweise von Gütern, die in anderen Bezirken versteuert werden (besonders Bier), beherrscht wird . . ."

Es folgt eine Statistik der Verbrauchssteuererträge mit nachstehenden Schlußzahlen:

	Eingänge:	davon Zuckersteuer: (in 1000 Złoty)	übrige:	Anteil am polnisch. Gesamtaufkommen
1928/29	54 429	46 673	5 756	28,7 %
1933/34 (11 Mon.)	54 305	50 828	3 477	rd. 35 %

ferner Angaben über die Verkaufserlöse der staatlichen Monopolverwaltungen (Tabak- und Spiritusmonopol) im Gebiet der Wojewodschaft, die zeigen sollen, daß

„ähnlich wie bei den indirekten Steuern auch bei den Monopolen . . . der Einnahmenrückgang gehemmt wurde, diese Eingänge sogar eine gewisse Wachstumstendenz aufweisen."

Der Aufsatz schließt mit der Bemerkung, daß Steuerhinterziehungen zwar auch in Posen nicht fehlen, jedoch wegen der hohen Steuermoral der Bevölkerung weit weniger häufig als in anderen Finanzbezirken Polens sind.

Nunmehr behandelt der Präsident des Verbandes der Zuckerrübenproduzenten in Posen und Pommerellen, M. Chłapowski, Fragen des Zuckerrübenanbaues im westlichen Polen. Die eingangs gebotene Tabelle mit folgenden Schlußzahlen:

Zuckerrübenverarbeitung (in dz)

Kampagne	Westwojewodschaften	Übriges Polen	Insgesamt
1930/31	28 502 000	17 827 000	46 329 000
1934/35	12 249 000	11 268 000	23 517 000

soll zeigen, daß bei der Einschränkung des Zuckerrübenanbaues

„die westlichen Wojewodschaften weit mehr von ihrem Besitzstand verloren haben, als das übrige Polen. Die Westwojewodschaften haben kaum 43 % ihrer Rübenproduktion bewahrt, das übrige Polen dagegen 64 %. Dabei ist zu betonen, daß eine solche Gestaltung . . . der für 1934—1935 vorgesehenen Produktion weder das Ergebnis eines gewöhnlichen Zufalls noch auch einer natürlichen, nur durch natürliche oder wirtschaftliche Bedingungen diktierten Gestaltung des Wirtschaftsprozesses ist . . . Die Verschiebung . . . ist die Folge davon, daß lange Jahre hindurch die Politik nicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft gestützt wurde, sondern allein auf den Grundsatz, einen möglichst großen — wie sich jetzt zeigt, völlig unnötigen — Verarbeitungsapparat zu erhalten. So oft die Kontingente . . . festgelegt wurden, war Grundlage für die Festlegung des Bedarfs der einzelnen Bezirke nicht ihre Agrarstruktur, sondern allein die Rentabilitätsrechnung der Zuckerfabriken des betreffenden Gebietes. Unter diesen Bedingungen mußte Westpolen, das Zuckerfabriken mit hoher Produktion . . ., daher relativ geringen Produktionskosten besitzt, Position um Position seines Besitzstandes (in Barleistungen oder in Form von Kontingenten) an die kleineren Zuckerfabriken des übrigen Polens abgeben. Es kam dahin, daß alle — und zwar großen — Mühen der westlichen Zuckerfabriken zur Verbilligung der Produktion fast sofort von den Zuckerfabriken des übrigen Polens diskontiert wurden, indem den westlichen Fabriken Kontingente genommen bzw. die Barleistungen erhöht wurden.

. . . Diese stetige Kürzung des Besitzstandes der westlichen Zuckerfabriken geschah unter der Parole der Notwendigkeit, Zuckerfabriken im übrigen Polen zu erhalten, die in sehr vielen Fällen völlig unrentabel . . . und vor allem absolut unnötig waren. Folge dieser Politik ist eben diese unnatürliche, wirtschaftlich ungerechtfertigte Verschiebung der Zentren des Zuckerrübenanbaues . . . Dieser Prozeß ist aus folgenden Gründen ungerechtfertigt: die Zuckerrübe als Rohstoff, der größere Transporte nicht verträgt, muß in Gebieten mit guten Verkehrsverbindungen angebaut werden . . .; die Westwojewodschaften sind dafür in hohem Grade prädestiniert. Der Zuckerrübenbau fordert ferner ein bedeutendes, sich langsam amortisierendes Anlagekapital . . . (für Meliorationen, Feldbahnen usw.) . . . Diese Investierungen sind in den westlichen Gebieten vor allem mit Hinsicht auf die Bedürfnisse des Zuckerrübenanbaues vorgenommen worden. Ebenso ist das Zuchtsystem des lebenden Inventars in den Zuckerrübenwirtschaften Westpolens entsprechend organisiert worden . . .

Für die Notwendigkeit, einen möglichst hohen Zuckerrübenanbau . . . in unseren Westwojewodschaften zu erhalten, spricht auch noch das wichtige Moment der Arbeitsorganisation . . .

Die Arbeitsverhältnisse . . . unserer Westwojewodschaften sind unvergleichlich schlechter als in andern Teilen Polens. Hier fehlt im allgemeinen der Arbeiter, der aus den Nachbardörfern zur Zeit der dringendsten Feldarbeiten hinzukäme . . . Daher müssen unsere Betriebe einen genügenden Stamm von Kontraktarbeitern für das ganze Jahr oder die Zeit der Feldarbeiten (Frühling—Herbst) besitzen . . . In erster Linie ermöglicht der Zuckerrübenbau ihre rationelle Beschäftigung in der Zeit vor und nach der Ernte . . ."

Nach Hinweis auf die Förderung, die der Zuckerrübenbau in andern Ländern erfährt — obwohl Auslandszucker billiger wäre! — kommt der Bericht zu folgendem Ergebnis:

„Die Landwirtschaft der Westwojewodschaften ist voll berechtigt zu fordern, daß die staatliche Wirtschaftspolitik sie — wenn nicht besser, doch mindestens nicht schlechter als andere Produktionszentren behandle, umso mehr als den heutigen Zustand . . . eine ganze Reihe von Jahren besonderer Wirtschaftsentwicklung unseres Teilgebietes bewirkt hat."

Nachdem der Präsident des Westpolnischen Spiritusverbandes, J. Lossow, für Posen und Pommerellen die Notwendigkeit höherer Spiritusproduktion zur Verwertung des Kartoffelüber-

schusses dargelegt hat, kommt der Direktor des Posener Verbandes Kaufmännischer Vereine, B. Sikorski, in seinem Beitrag: „Landwirtschaft und Handel in Großpolen," u. a. zu folgenden Feststellungen: Die polnische Preisstatistik

„berücksichtigt nicht die Unterschiede zwischen den einzelnen Teilgebieten, z. B. wenn von der Preisschere zu Ungunsten der Landwirtschaft in ganz Polen die Rede ist. Um wieviel schärfer treten diese Züge in Großpolen auf, wo vor dem Kriege die Agrarpreise bedeutend höher, die Industriepreise weit niedriger waren als in den beiden anderen Teilgebieten. Mehrfache Berechnungen haben gezeigt, daß bei gleichen Getreidepreisen in Kongreßpolen und Großpolen der Ertrag 1931 im Verhältnis zu 1913 betrug: bei Weizen für Kongreßpolen 104,4 %, für Großpolen 64,3 %, bei Roggen für Kongreßpolen 91,5 %, für Großpolen 49,5 %, bei Hafer für Kongreßpolen 106,6 % für Großpolen 49,4 %. Analog ist das Verhältnis bei Fleisch, Geflügel, Molkereiprodukten usw. . . . Umgekehrt sind heute die Preise für Industrieprodukte gegenüber 1913 manchmal im selben Verhältnis höher wie die Preise für Agrarprodukte niedriger sind. Somit erhält Großpolen für seine Produkte . . . bedeutend weniger, zahlt aber für seine Käufe aus anderen Wojewodschaften weit mehr, verarmt also weit stärker als andere Wojewodschaften. Wert und Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe, auf denen der Wohlstand der ganzen Bevölkerung Großpolens beruht, sinken also gegenüber den anderen Teilgebieten Polens am stärksten.

Die Verschiebung des Sozialeinkommens trifft den Handel ebenso wie die Landwirtschaft. Die sinkende Kaufkraft hat einen ungeheuren Sturz der Umsätze erbracht, der zahlreichste Verbraucher, der Landwirt, ist „ideal selbstgenügsam" geworden. Er verbraucht seine Produkte, für die er wenig erhält, selbst und „boykottiert" die Industrieprodukte, für die ihm die Mittel fehlen. Was die schwindende Konsumkraft des Dorfes für den Handel geworden ist, können am besten die sterbenden Kleinstädte Großpolens beweisen . . .

Leider besteht das Unglück des Handels nicht nur in der Verarmung durch den Rückgang der Umsätze und die Unmöglichkeit, proportionale Senkung der Handelskosten durchzuführen. Hinzukommt das Problem der eingefrorenen und größtenteils verlorenen Betriebskapitalien . . . Manch eine alte, verdiente Handelsfirma ist nur dadurch in unüberwindliche Schwierigkeiten geraten, daß sie aus ihren begrenzten Mitteln die notwendigsten Kredite zur Führung der landwirtschaftlichen Betriebe gewährt haben. Die Schwierigkeiten wurden gesteigert durch den gleichzeitigen Niedergang des Privatbankwesens . . . Die größten, auf Zusammenarbeit mit Handel und Industrie eingestellten Privatbanken (Bank Przemysłowców, Polski Bank Handlowy) sind zusammengebrochen; viele andere, besonders Warschauer Banken, haben ihre Filialen in Großpolen aufgelöst oder den Kreis ihrer Interessen in unserem Teilgebiet eingeengt. Alle Bemühungen, die Tätigkeit der Staatsbanken auf dem Gebiet der Handelskredite zu erweitern, sind bisher ergebnislos geblieben . . .

Bezüglich gewisser Möglichkeiten einer Besserung ist hinzuweisen auf den Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland, die Beendigung des Zollkrieges und die Verhandlungen um den Handelsvertrag mit England; das sind bei der heutigen Lage Momente, die die Handels- und Landwirtschaftskreise Großpolens elektrisieren und gewisse Hoffnungen wecken . . ."

Ähnlich wie die bisherigen Beiträge der Vertreter des Wirtschaftslebens wenig von dem Optimismus amtlicher Erklärungen enthielten, betont schließlich ein B. S. gezeichneter Aufsatz über den Getreidehandel der Wojewodschaft Posen die Gefahren, die die Interventionspolitik der „Staatlichen Getreide-Industriewerke" („Państwowe Zakłady Przemysłowo-Zbożowe", P.Z.P.Z.) dem privaten Getreidehandel Posens bringt. Hier wird u. a. erklärt:

„Es ist allgemein bekannt, daß wir in Polen empfindlich unter den allzu primitiven Handelsformen leiden . . . Zweifellos müßte man also in dem Teilgebiet, in dem der Getreidehandel die primitiven Formen schon überwinden und in seinen Arbeitsmethoden dem Handel Westeuropas gleichkommen konnte, diesen Handel fördern . . ., damit er seine Tätigkeit immer mehr ausdehnen und so zur Gesundung der Handelsstruktur im Gesamtstaat beitragen könnte. Leider sehen wir geradezu das umgekehrte Bild. Der Handel wird aus der selbständigen, verantwortlichen Arbeit . . . in die Rolle des untergeordneten Vermittlers gedrängt. Als Ergebnis zeigt sich die Tendenz zum Abströmen der kräftigsten Elemente, zum Verbleiben finanziell schwächerer, zu selbständiger, mutiger Disposition weniger fähiger Elemente . . . Der Handel muß fordern, daß die Politik den Kaufmann nicht aus seiner eigentlichen Tätigkeit verdrängt, sondern mindestens in seinen früheren Bereich einsetzt . . ."

Die Hauptgefahr ist aber die, daß die „Staatlichen Getreidewerke" (P.Z.P.Z.), die von Jahr zu Jahr ihren Tätigkeitsbereich erweitern, den Markt nicht beherrschen können.

„Dahin wirkt . . . auch das Fehlen von Elevatoren . . . Die P.Z.P.Z. lagern das Getreide zu 90 % in privaten Mühlen oder Elevatoren ein. Dabei entsteht die Lage, daß der betreffende Mühlen- oder Lagerbesitzer nicht mehr Getreide auf eigene Rechnung kauft, sondern nur noch Getreide für die P.Z.P.Z. lagert. Somit treten die P.Z.P.Z. nicht als neue Marktnachfrage auf, sondern ersetzen nur die Nachfrage, die früher von den betreffenden Mühlen usw. vertreten wurde, während deren Eigentümer kleine, aber sichere Gewinne aus der Lagerung von Getreide für die P.Z.P.Z. vorziehen, statt selbst ein Handelsrisiko zu übernehmen . . .

In dieser Verdrängung . . . des Getreidehandels durch die P.Z.P.Z. liegt ihr Schaden für die ganze Nationalwirtschaft. Die P.Z.P.Z. sind zur Zeit unfähig, den Getreidehandel zu ersetzen. Nehmen wir nämlich selbst an, daß kaum ⅓ der Getreideproduktion auf den Markt kommt, so werden die P.Z.P.Z. ohnehin kaum 10 % davon bewältigen können; der Rest muß durch den Getreidehandel gehen . . . Bei ihrer finanziellen und technischen Schwäche sind die P.Z.P.Z. unfähig, den ganzen Getreidemarkt zu beherrschen, sie steigern aber bei allen Transaktionen den Risikofaktor. Ist es doch nie bekannt, ob die P.Z.P.Z. zu . . . Marktpreisen kaufen oder zu höheren Preisen „intervenieren" werden . . . Ferner ist es unbekannt, wann die Interventionskäufe aufhören werden und die Preise auf das Niveau zurückkehren, das durch Angebot und Nachfrage des Privathandels bestimmt wird. Schließlich ist unbekannt, wann die P.Z.P.Z. beginnen werden, ihre Vorräte abzustoßen und damit auf eine Preissenkung hinzuwirken. Dabei belasten die bei den P.Z.P.Z. angesammelten Vorräte den Markt weit stärker, als wenn sie sich in den Händen privater Kaufleute befänden, ist doch bei der Liquidation von Vorräten aus vielen Händen der Druck auf den Markt weit geringer . . . Der Privathandel, dem niemand den Schaden aus seinen Umsätzen ersetzt, der also mit Gewinn arbeiten muß, hat folglich zwei Möglichkeiten: entweder wird er bei An- und Verkauf das erhöhte Risiko berücksichtigen, mit anderen Worten — billiger kaufen, teurer verkaufen als bisher (und daran verlieren die Produzenten — die Landwirte — sowie die Konsumenten!) oder er wird sich mit den P.Z.P.Z. verständigen, ohne Risiko arbeiten und nur die „erlaubten" Vermittlerkosten verdienen . . ."

[„Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 122, 1. 6. 1934, S. 1—8.]

Die Zukunftsaussichten der polnisch-englischen Handelsbeziehungen.

In Vorschau auf die polnisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen, die nach längerer Vorbereitung endlich Ende Juni

durch eine von dem Departementsdirektor im polnischen Handelsministerium, M. Sokołowski, geführte Delegation in London offiziell aufgenommen worden sind („Gazeta Polska" Nr. 171, 22. 6. 1934) hat die „Codzienna Gazeta Handlowa" vor einigen Wochen eine doppelsprachige Sondernummer „zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen England und Polen" herausgegeben. Die Nummer, der u. a. die Handelsminister und gegenseitigen Botschafter beider Länder hoffnungsvolle Geleitworte gewidmet haben, enthält Beiträge englischer und polnischer Verfasser; letztere — bei weitem überwiegend und vor allem inhaltsreicher — sollen hier erörtert werden.

Zunächst handelt der Präsident der Polnisch-Britischen Handelskammer, Finanzvizeminister Staniszewski, über „Die Ausbaumöglichkeiten des polnisch-englischen Warenaustausches."

Nach starkem Rückgang in den Jahren 1929—1932 bleiben die polnisch-englischen Handelsumsätze 1932 und 1933 ziemlich unverändert; Polens Export nach Großbritannien betrug im Durchschnitt 170—180 Millionen Złoty, sein Import dorther 70—80 Millionen Złoty jährlich.

„Man kann also sagen, daß die Depression das Gleichgewicht des polnisch-britischen Handels nicht zu stören vermochte, daß trotz der — als Folge allgemeiner Weltwirtschaftsströmungen — beiderseits angewandten Beschränkungen der polnisch-britische Handel statt einer Schwächung eine günstige Entwicklung und prinzipiell gesunde Tendenzen aufwies."

Dann wird gegen den englischen Hinweis, daß das heutige Verhältnis des polnischen zum englischen Export (2,5 : 1) unbedingt zugunsten Englands geändert werden muß, eingewandt: Wenn England seine Lebensmitteleinfuhr einzuschränken beginnt, vergißt es, daß

„die Agrarländer in hohem Maße gerade von seinem Markt abhängig sind . . ., daß eine solche Politik natürlich zu Vergeltungsmaßnahmen der Exportstaaten führen kann. Diese werden aufhören, englische Produkte zu kaufen oder — wie Argentinien ankündigt — die Zinsen der in England aufgenommenen Anleihen zu zahlen . . .

Über Polens Stellung zur englischen Agrarpolitik (ist zu bemerken): Polen ist selbstverständlich bereit, eine größere Menge englischer Waren einzuführen; es erwartet dagegen, in England Verständnis dafür zu finden, daß Polen als Agrarstaat vor allem für seinen Export sorgen und seinen weiteren Rückgang bekämpfen muß. Hier spielen eine große Rolle zwei Momente, die die englische Seite beachten muß. Polen ist Schuldnerstaat, und der Aktivsaldo gegenüber Großbritannien erleichtert ihm die regelmäßige Zahlung seiner Auslandsverpflichtungen. Weiter ist Polens Bilanz mit den Ländern des englischen Imperiums passiv, und man kann nicht, wie es oft geschieht, die englischen Kolonien von der Metropole, mit der sie eine Wirtschaftseinheit bilden, trennen . . .

In letzter Zeit wurde in der englischen Presse häufig die Ansicht vertreten, daß England einen Block der Agrarstaaten schaffen muß, deren Warenaustausch mit England auf niedrigen Zöllen beruhen würde, und die auf Grund zwei- oder mehrseitiger Verträge England ständig die notwendigen Lebensmittel liefern würden. Dagegen würden sie gemäß der Aufnahmefähigkeit ihres Binnenmarktes englische Waren beziehen. Ein solcher Staatenblock würde die Länder des britischen Imperiums, Dänemark, Argentinien, Polen usw. umfassen. Das wäre wohl der rationellste Ausweg aus dieser schwierigen Lage."

Im folgenden Aufsatz: „Neue Perspektiven", wiederholt der Direktor des Zentralverbandes der polnischen Industrie („Leviathan"), Minister i. R. Szydłowski, um den Standpunkt seines Verbandes zu umreißen, Erklärungen, die er bereits der englischen Industriedelegation während ihres Aufenthaltes in Polen (vergl. 1934, Nr. 8—9, 11—12) gegeben hat, nämlich:

„. . . Wir streben die Steigerung der Umsätze mit dem Vereinigten Königreich an, . . . (aber) Polen muß seine aktive Handelsbilanz bewahren, und zwar aus folgenden Gründen: Polen ist ein Schuldnerland, das bisher keine Devisenbeschränkungen eingeführt hat und seine Verpflichtungen erfüllt. Wir führen meist Rohstoffe und agrarische wie industrielle Halbfabrikate aus, in denen das Element menschlicher Arbeit eine viel geringere Rolle spielt als in den von uns . . . eingeführten Fertigwaren. Wir haben einen außerordentlich hohen Bevölkerungszuwachs, den wir zum Teil in der Industrie beschäftigen müssen, da Auswanderungsmöglichkeiten fehlen. Wir haben im Inland industrielle und agrarische Rohstoffe, und es ist klar, daß wir sie im Inlande zu Fertigwaren verarbeiten wollen.

Das bedeutet aber keineswegs, daß wir dem Grundsatz ausschließlicher Autarkie huldigten. Unser Wirtschaftsprogramm sieht den Ausbau derjenigen Industrien vor, die, eng mit dem Inlandsverbrauch verbunden, direkt Konsumbedürfnisse befriedigen. Gleichzeitig bleiben wir Abnehmer der Schwerindustrien . . . des Westens . . . Wir verstehen wohl, daß in unserer Wirtschaftsentwicklung jede Maßnahme auf diesem Gebiet verfrüht wäre, da die Produktion der Industriestaaten, gestützt auf jahrhundertelange Erfahrungen, weitreichende Beziehungen und . . . hohe Produktionsziffern billiger und besser arbeiten kann. Aber wir wollen uns nicht als Agrarstaat ansehen lassen. Wir sind unserer Ansicht nach ein industrieller Agrarstaat und wollen in unserer Volkswirtschaft die heutige Proportion nicht nur erhalten, sondern eher noch auf einen höheren Anteil der Industrie verschieben. Ebenso ist klar, daß das Programm der Nationalverteidigung in . . . der Industrialisierung Polens eine sehr bedeutende Rolle spielen muß . . .

Während des Aufenthalts der englischen Delegation . . . haben wir das Augenmerk vor allem auf die englischen Importmöglichkeiten gelenkt; erwähnt wurden verschiedene Rohstoffe, Halbfabrikate und Maschinen für die Textilindustrie. Eingehend erörtert wurden die Möglichkeiten der Einfuhr von Holzbearbeitungsmaschinen, gewissen Stahlsorten, Rohstoffen und Halbfabrikaten der chemischen Industrie, verschiedenen im Inland nicht produzierten Maschinen, sowie Heringen . . . Wir erklärten uns einverstanden, die Frage der Einfuhr englischen Weißblechs nach Polen zu untersuchen. Die Besprechungen haben die Möglichkeit bedeutender Steigerung der englischen Einfuhr nach Polen erwiesen; sicherlich wird aber diese Steigerung nicht allzu schnell erfolgen, da die Krise hemmend wirkt, zumal auf die Einfuhr von Gütern, die für Neuanlagen Verwendung finden . . .

Die englischen Industriellen konnten sich . . . davon überzeugen, was wir in den 14 Jahren seit Erlangung der Unabhängigkeit geleistet haben, sich darüber orientieren, welch große Möglichkeiten Polen als Konsument industrieller Anlagen . . . repräsentiert bzw. gerade die Gebiete des Verkehrs und der Elektrifizierung in Polen darbieten.

Nachdrücklich zu betonen ist, daß . . . unsere Seepolitik uns der englischen Interessensphäre bedeutend näher gebracht hat. Die Zeiten, da wir im internationalen Warenaustausch nur auf den Landweg und die damit verbundene Vermittlung angewiesen waren, sind unwiderruflich dahin. Das eröffnet neue Perspektiven, die künftig für den englischen Handel und die britische Kolonialpolitik hohe Bedeutung haben können.

Die offiziellen Verhandlungen über den Handelsvertrag werden demnächst beginnen. Wir wissen wohl, daß selbst bei weitgehendem Verständnis der beiderseitigen Bedürfnisse . . ., die Verhandlungen auf verschiedene Schwierigkeiten stoßen müssen . . . Trotzdem hegen wir die Hoffnung, daß die Verhandlungen . . . in kurzer Zeit . . . zur Unterzeichnung eines Vertrages, zur Steigerung der gegenseitigen Umsätze und engeren Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen führen werden."

Weiter teilt der Präsident des Verbandes der polnischen Handelskammern, Minister i. R. Cz. Klarner, über „Die Entwicklung der polnisch-britischen Handelsbeziehungen" u. a. mit:

Polens Export nach England ist von 1932 bis 1933 um 16 Millionen Złoty (von 16,4 % auf 19,2 % des gesamten Exportes Polens) gestiegen, der Import Polens aus England um 9 Millionen

Zloty (von 8,7 % auf 10 % des gesamten Importes Polens). Es ist also festzustellen, daß alle Voraussetzungen für einen intensiven Warenaustausch zwischen beiden Ländern gegeben sind.

„Wirklich erlauben die Wirtschaftsstruktur beider Länder — der vorwiegend agrarische Charakter der polnischen Ausfuhr, der industrielle Charakter der polnischen Einfuhr — und die Anknüpfung regulärer Verkehrsverbindungen das Urteil, daß die Steigerung der polnisch-britischen Umsätze nicht Übergangserscheinung ist, sondern schon eine gewisse feste Bahn besitzt. Das weitere Wachstum der absoluten Höhe dieser Umsätze, das so direkt von der gesamten Wirtschaftskonjunktur abhängt, ist natürlich etwas fraglich, aber gewisse Angaben des polnischen Wirtschaftsbarometers — die Steigerung des Produktionsindex', die leichte Steigerung des Preisindex', sowie die Besserung der Zahlungsverhältnisse — erlauben die Ansicht, daß . . . der polnisch-britische Handel polnischerseits auf unüberwindliche Schwierigkeiten nicht stoßen wird . . . Ferner lassen diese Faktoren in Polen, einem Lande, das allgemein Investierungen verlangt, die Rückkehr zu Investierungsprozessen erwarten. Dieser Umstand ist nicht ohne Bedeutung für Großbritannien, dessen Ausfuhr vor allem auf dem Gebiet der Produktionsgüter konkurrenzlos ist.

Der wichtige Faktor völliger Stabilität der polnischen Währung und des Fehlens jeglicher Transferbeschränkungen ist ein heute im Welthandel seltenes, verlockendes Moment. . . Es scheint aber, daß in dem Interesse britischer Wirtschaftskreise eine gewisse Lücke besteht, die im Interesse beider Länder schleunigst zu beseitigen ist. Diese Lücke betrifft die englischen Kaufleute, die sich mit der Vermittlung im Überseehandel beschäftigen. Ein bedeutender Teil der Ein- wie Ausfuhr Polens kommt oder geht nach Übersee, bei der ungenügenden Entfaltung des polnischen Handelsapparates aber vollzieht sich der größte Teil der Umsätze mit den dem britischen Handel so gut bekannten Überseemärkten durch Vermittlung der Kaufleute anderer Länder. Stärkeres Interesse der britischen Kaufleute für diese . . . Umsätze Polens scheint empfehlenswert, und . . . polnischerseits ist immer versucht worden, dieses Interesse zu wecken. Auf diese Weise kann neben dem direkten polnisch-britischen Handel ein bedeutender Zweig vermittelnden Handels erwachsen."

In dem nächsten Aufsatz über die englische Anleihe zur Ausstattung der polnischen Bahnen mit automatischen Bremsen (vergl. 1934, Nr. 13, S. 57*, Nr. 15, S. 67*) stellt der Generalvertreter der Westinghouse-Gesellschaft für Polen, S. Rykwert, schließlich fest, daß

„die Anleihe ein wirklicher Erfolg der englischen Regierung . . ., Beweis vollen Vertrauens zur Wirtschaftspolitik und künftigen Entwicklung Polens ist. Beredter Beweis dieses Vertrauens des englischen Marktes ist . . . folgende sehr wichtige Einzelheit der Transaktion: die von den Polnischen Staatsbahnen ausgestellten Schuldscheine werden nicht auf den Markt geworfen, sondern von einer der fünf größten Banken Englands übernommen . . . und behalten, bis die Verwaltung der Polnischen Staatsbahnen sie auslöst . . .[1]"

Nachdem ein anonymer Beitrag Organisation und Lage der polnischen Baconindustrie geschildert, sowie stärkere Berücksichtigung ihrer Wünsche in England gefordert hat, führt der Leiter der Handelsvertragsabteilung im polnischen Handelsministerium, W. Wańkowicz, der an hervorragender Stelle der polnischen Delegation angehört, in seinem umfangreichen Beitrag: „Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen England und Polen," u. a. aus:

„. . . Nach Wiederherstellung Polens zeigte sich sehr bald, daß England zu den wichtigsten Ländern gehört, mit denen Polen Wirtschaftsbeziehungen angeknüpft hatte. England war ein wertvoller Markt für polnische Agrarprodukte . . ., Holz, gewisse polnische Industrieprodukte . . . Dafür versorgte es Polen mit Maschinen, Fabrikgeräten, elektrischen Apparaten, Fischen, Kolonialwaren, Wolle usw., beförderte es polnische Waren auf seinen Schiffen und investierte einiges Kapital in polnischen Unternehmen.

Der polnisch-deutsche Zollkrieg . . . schuf gesteigerte Möglichkeiten für das Eindringen englischer Waren nach Polen; dieses zeigte aber, offen gesagt, gegenüber anderen Staaten ungewöhnlich schwache Fortschritte. Gründe dafür sind . . . z. B. die sprichwörtliche konservative Haltung Englands, das Fehlen . . . persönlichen Kontaktes zwischen polnischen und britischen Kaufleuten wie Industriellen, die Abneigung Englands gegen Export auf Kredit — eine von anderen Ländern bei Arbeit mit Polen großzügig angewandte Methode — auf polnischer Seite die Unkenntnis englischer Handelssitten u. a. Diese Gründe haben jedenfalls den englischen Exporteur auf dem polnischen Markt trotz vieler Mühen von polnischer Seite . . . in eine Lage gebracht, die schlechter ist als die Lage vieler Konkurrenten.

Zwar sind wenige Fälle bekannt, daß britische Interessen — meist infolge ungenügender Kenntnis des polnischen Marktes — materielle Verluste erlitten haben, aber im allgemeinen zeigt sich bei unparteiischer Prüfung, daß diese Verluste weit geringer waren als es auf den ersten Blick oder nach Äußerungen einer unfreundlichen Presse . . . den Anschein hatte. Nicht zu vergessen ist, daß auch auf polnischer Seite . . . materielle Verluste aus Beziehungen zum englischen Markt zu verzeichnen sind. Solche Vorkommnisse sind . . ., zumal in der Zeit, in der wir leben, schwer zu vermeiden, dürfen also keine Voreingenommenheit gegen normale Entwicklung des gegenseitigen Wirtschaftsaustausches bewirken. Haben doch die Regierungen beider Länder die Notwendigkeit der Schaffung engster Wirtschaftsbeziehungen . . . erkannt. Die Existenz des polnisch-britischen Handels- und Schifffahrtsvertrages auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, die Bereitwilligkeit zur . . . Vervollständigung dieses Vertrages durch ein Tarifabkommen, die Unterzeichnung der Konvention über die Handelsreisenden usw. sind nur einige Beweise dafür . . . Schließlich müssen wir feststellen, daß die stete, wenngleich langsame Entfaltung der polnisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen zur Hoffnung auf weiteren Aufschwung berechtigt, daß bei dem offensichtlich guten Willen beider Regierungen zu engerer Zusammenarbeit . . ., dem hohen Verständnis der öffentlichen Meinung Polens für diese Notwendigkeit . . . und dem so häufig gezeigten guten Willen der Engländer dazu dieses Ziel mühelos erreicht werden muß."

Eins der größten Hindernisse dieser Zusammenarbeit, „Das polnisch-englische Kohlenproblem", ist Gegenstand des folgenden Aufsatzes, den der Generaldirektor der polnischen Kohlenkonvention, Cybulski, beigesteuert hat, und in dem dieser, ohne auf Einzelerscheinungen des Konkurrenzkampfes einzugehen, grundsätzlich über diese Frage ausführt:

„. . . Es ist nicht Polens Schuld, daß es, obwohl anscheinend im Besitz bequemer Absatzmärkte in Mitteleuropa, entfernte Märkte — Einflußgebiete der polnischen Kohle — aufsuchen mußte. Die Anfänge des polnisch-englischen Kohlenproblems liegen aber nicht weit ab, Quelle ist der unsinnige Wirtschaftsnationalismus, dem ganz Europa huldigt . . ., und der alle wirtschaftlichen Kalkulationsgrundlagen zerstört . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß Polen . . . seine Folgen vielleicht am stärksten verspürt, zumal verschiedene Vorfälle, wie die plötzliche Schließung der deutschen Grenze für polnische Kohle . . ., jede Wirtschaftslogik zerstörten. In Polens heutiger Lage ist

[1]) Gegenüber dieser, im Munde des Vertreters der Westinghouse-Gesellschaft sehr begreiflichen Erklärung ist zu bedenken, daß trotz aller günstigen Erklärungen englischer Finanzmänner (z. B. anläßlich der Eröffnung des mit englischem Kapital mechanisierten Telephonnetzes in Ostoberschlesien, „Gazeta Polska" Nr. 156, 7. 6. 1934) das Vertrauen Englands zu Polen immer noch recht gering ist. Das geht u. a. auch daraus hervor, daß Polens Versuche, in England eine langfristige Anleihe für Zwecke des Wirtschaftsaufbaues aufzunehmen, an dem Einspruch des Schatzamtes und der Bank von England gescheitert sind (vergl. „Kattowitzer Zeitung" Nr. 132, 12. 6. 1934).

Kohle der Faktor, der es ihm erlaubt, im Ausland die notwendigen Arbeitsmittel zu kaufen, um den Bevölkerungsüberschuß, der . . . kein Brot findet, wenigstens zum Teil zu beschäftigen. Polen hat kein Einkommen aus Kapitalanlagen im Auslande, muß vielmehr Einkommensquellen, aus denen es den Gläubigerstaaten Raten und Zinsen zahlen könnte, suchen. Es ist für uns lebensnotwendig, in dem Artikel, der Grundlage unserer Wirtschaft ist . . ., entsprechende Quellen zur Deckung unserer Auslandsverpflichtungen zu suchen. Es gibt keinen Grund, der uns . . . abhalten könnte, unsere Wirtschaft zu stärken, Versuche zur Hebung der Lebensbedingungen der breiten Massen zu unternehmen. Polen exportiert Kohle, weil es notwendig ist, daher müssen wir unseren Export verteidigen. Dazu gibt es zwei Wege: Konkurrenzkampf oder vernünftige harmonische Zusammenarbeit. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß der erste Weg große, die Konkurrenten vernichtende Opfer fordert, der zweite aber Bedingungen schafft, die den Konkurrenten rationelle Kalkulation und systematischen Ausbau ihrer Produktionsstätten sichert... Polens Kohlenindustrie hat sich stets für Regulierung des Kohlenproblems auf Grund gegenseitiger Verständigung ausgesprochen, keine Gelegenheit dazu versäumt...

Die Entwertung des Pfundes sollte der englischen Industrie neue Waffen im Kampf mit der polnischen Kohle geben, die Verträge mit den skandinavischen Ländern sollte die polnische Kohle von den Nordmärkten verdrängen . . . Aber die Kohlenausfuhr ist unsere Lebensfrage. Die Kohlenindustrie hat durch weitgehende Einsparungen und Investierungen ihre Produktionskosten soweit gesenkt, daß sie die englische Konkurrenz überwinden und ihre Mühen auf entferntere Märkte ausdehnen konnte. Die Lage ist insoweit geändert, daß trotz der erwähnten Faktoren — Pfundentwertung, Handelsverträge mit den skandinavischen Staaten — auch diejenigen Bezirke, die Konkurrenz der polnischen Kohle zu spüren begannen, die davon bisher noch nichts gemerkt hatten.

Diese Lage konnte natürlich nicht von Dauer sein, da bei allen Verständigungsversuchen die Wirkung der englischen Maßnahmen berücksichtigt werden mußte. Als wir uns an den Verhandlungstisch setzten, waren wir uns als Konkurrenten... darüber klar, daß das Problem... überaus kompliziert ist. Ohne vorweg zu entscheiden, welches das Ergebnis weiterer Beratungen sein wird, scheint heute eine Tatsache bereits unzweifelhaft: Das bloße Zusammenkommen der beiden wichtigsten Konkurrenten zu gemeinsamer Beratung . . . kann Beweis der Anerkennung unseres Rechtes auf Leben und des Verständnisses für unsere wichtigsten Interessen sein. Natürlich ist es schwer, jetzt schon vorauszusagen, welches die Ergebnisse weiterer Verhandlungen sein werden. Jedenfalls wird der gegenwärtige Gedankenaustausch, selbst wenn er nicht sofort zu positiven Ergebnissen, zur Wandlung des bisherigen Kampfes in Kooperation führen sollte, mindestens die gute Seite haben, daß er ermöglichte . . ., die Probleme zu erkennen und den Umfang der bestehenden Differenzen festzulegen... Würde dieser Meinungsaustausch . . . unsere Partner auch nur von der Notwendigkeit des Exports unserer Kohle in gebührenden Ausmaßen überzeugen[2]), so würden wohl keine besonderen Schwierigkeiten mehr bestehen, daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen."

Ein sehr umfangreicher Aufsatz von J. Fagot: „Do ut des" verficht nun die Ansicht, daß

„England als Industrieland, das agrarischen Charakter fast gänzlich entbehrt, keine positive, nicht mal eine ausgeglichene Handelsbilanz mit einem Agrarland wie Polen besitzen kann. Wie schwer England das Fehlen einer entwickelten Landwirtschaft belastet, zeigt die Tatsache, daß . . . es 1933 für 367,4 Millionen £ Waren ausführte, der Import fremder Produkte in dieser Zeit aber 675,9 Millionen £ betrug. Diese charakteristischen Zahlen zeigen, daß von Ausgleichung der Handelsbilanz mit Polen nicht die Rede sein darf, wir aber, wenn England die Steigerung seines Exports . . . nach Polen betreibt, im gleichen Grade Steigerung unserer Ausfuhr nach England anstreben müssen."

Um zu beweisen, daß diese Steigerung durchaus möglich ist, zeigt Verfasser nach der englischen Statistik Polens Anteil an den wichtigsten Posten der englischen Einfuhr (Agrarprodukte, Holz und Holzfabrikate usw.), der gegenüber dem Anteil anderer Lieferanten Englands stets recht gering ist, und schließt mit der Feststellung, daß

„wir eine übermäßige Steigerung des englischen Imports nach Polen nicht fürchten dürfen, vielmehr eine Steigerung des Imports englischer Waren erstreben müssen . . ., mit dem Vorbehalt, daß wir gleichzeitig eine Steigerung unseres Exports nach England — bei den Artikeln, bei denen wir . . . erfolgreich konkurrieren können — im Auge behalten müssen . . ."

Weitere Aufsätze behandeln kurz einzelne Exportgüter (Gerste, Butter) oder Wirtschaftszweige Polens, u. a. definiert der Präsident des Verbandes der Holzindustriellen, K. Ostrowski, die Stellung der polnischen Holzindustrie zu dem Handelsvertrag mit England wie folgt:

„Bekanntlich wird englischerseits eingewandt, daß der Saldo der Umsätze zwischen Großbritannien und Polen für Großbritannien passiv ist und angeblich . . . Polen aus diesen Umsätzen allein den Nutzen zieht. Wir teilen diese Ansicht nicht: ein Schuldnerstaat wie Polen muß eine aktive Handelsbilanz . . . als einzige Möglichkeit zur Bezahlung seiner Schulden haben. Da Holz im polnisch-englischen Handelsverkehr die wichtigste Position ist, sind wir Holzindustriellen — die Notwendigkeit der Gegenseitigkeit zur Aufrechterhaltung enger Beziehungen am besten erkennend — damit einverstanden, daß der Import englischer Waren nach Polen gesteigert werden muß. Es ist allgemein bekannt, daß die englische Maschinenindustrie erstklassige Produkte liefert . . ., ebenso, daß Englands Anteil an der Einfuhr von Holzbearbeitungsmaschinen und -werkzeugen unverhältnismäßig gering war. Grund dafür ist zweifellos die Krise, andererseits aber hat sich die englische Industrie kaum bemüht, unsere Industrie mit ihren Produkten bekannt zu machen . . . Erst in ganz letzter Zeit hat sie sich für unseren Markt interessiert und zweimal Delegierte zu uns gesandt . . . Das war ein großer Schritt vorwärts, und wir zweifeln nicht daran, daß die englische Industrie, die Holzbearbeitungsmaschinen und -werkzeuge produziert, sich nicht auf diese Studien beschränken, sondern versuchen wird, sich auf unserem Markt festzusetzen. Wir sind bereit, im Rahmen unserer technischen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten alles zu tun, um der britischen Industrie einen bedeutenden Anteil an dem Import von Maschinen und Werkzeugen... für unsere Holzindustrie zu sichern..."

[„Codzienna Gazeta Handlowa", Sondernummer: „Great Britain—Poland"/„Wielka Britanja—Polska" (Juni 1934).]

Betrachtungen über Polens See- und Hafenpolitik.

Zu dem am 29. Juni in Gdingen im Beisein des polnischen Staatspräsidenten, verschiedener Minister usw. höchst feierlich begangenen „Fest des Meeres" hat u. a. die weitverbreitete „Codzienna Gazeta Handlowa" in einer Sondernummer eine Reihe von Aufsätzen über die See- und Hafenpolitik Polens veröffentlicht. Darin beantwortet zunächst die redaktionelle Einleitung die Frage: Weshalb feiert Polen das „Fest des Meeres?" wie folgt:

[2]) Die Anerkennung dieser Notwendigkeit des polnischen Kohlenexports „in angemessenen Grenzen" durch England ist wenig wahrscheinlich, gegenwärtig ist England jedenfalls nur gewillt, der polnischen Kohle Österreich endgültig zu überlassen. Es fordert dagegen Garantierung des Status quo in Skandinavien, Einstellung der polnischen Ausfuhr nach Irland, Spanien, Portugal und Ägypten, Einschränkung der Ausfuhr nach Italien. Eine Ablehnung dieser englischen Forderung scheint also sicher. („Kattowitzer Zeitung" Nr. 132, 12. 6. 1934.)

„Unser Volk berichtigt heute voller Energie die Fehler früherer Generationen . . ., behandelt heute das Meer, die Ausnutzung der Seewege zur Stärkung der . . . Großmachtstellung des Staates, schon als gesamtstaatliches Kapitalproblem . . . Für die heutige Generation ist die polnische Ostsee nicht mehr bloß ein schöner Winkel zur Erholung . . .; die Ostsee und unsere geringe 75-km-Küste sind das Zentralproblem geworden: hier haben wir unseren eigenen Hafen erbaut, und heute geht die Sorge der Regierung, des ganzen Volkes dahin, die schöpferische Energie der Nation in diesem Ausfallstor zur Welt zu konzentrieren . . ., den Schwerpunkt unserer . . . eminent kontinentalen Staatspolitik auf die Seepolitik zu verschieben . . . Das „Fest des Meeres" ist die alljährliche Prüfung des Geleisteten, die gedankliche Fortführung des Ausbaues sowohl unserer Seepolitik als auch der Ausnutzung und Modernisierung der Arbeit unseres polnischen Hafens.

Vor einigen Jahren waren wir erfreut, daß Gdingen wächst, der Hafen ausgebaut wurde, daß die Zahl der einlaufenden Schiffe in wahnsinnigem Tempo wuchs. Nach dieser Zeit begeisterter Feiertage gingen wir zu Feiern realer Rechnung über und fragten uns: hat der Hafen schon genügende Ausmaße erlangt . . ., ist er schon ausreichendes Instrument unserer seepolitischen Absichten geworden, ist er schon im eigentlichen Sinne des Wortes ein Hafen, der in sich alle Möglichkeiten des Überseehandels konzentriert, in einem Wort — erfüllt Gdingen schon alle Aufgaben . . ., die mit den Funktionen des neuzeitlichen Hafens eines 30-Millionen-Staates . . . verbunden sind?"

Diese Frage wird in den einzelnen Beiträgen dahin beantwortet werden:

„Die Entfaltung unseres Seeprogramms fordert noch immer steten und konsequenten Ausbau verschiedener Funktionen der polnischen Hafenstadt. Gdingen, das heute erst eine große Umladestation für die Waren des polnischen Hinterlandes auf ihrem Weg zu den Auslandsmärkten ist, muß in Kürze ein großes Handelszentrum mit eigener Disposition und Initiative werden, muß . . . verschiedene Industrien . . . entwickeln; in Gdingen . . . muß der ganze Verwaltungs- und technische Apparat den allmonatlich wachsenden Funktionen der Hafenstadt angepaßt werden. All das sind Gegenstände dauernder Untersuchungen . . ."

Eine dieser Fragen ist das Problem der Küstenverteidigung, der sich mit großem Verdienst die „Meeres- und Kolonialliga," die u. a. anläßlich des Festes ihre große Sammlung für den Seeverteidigungsfonds durchführte, angenommen hat. Mit diesem Problem

„eng verbunden ist die weitere Frage des eigenen Schiffbaues . . . Ein großer Staat mit Großmachtbestrebungen besitzt gegenwärtig nur Anfänge von Schiffswerften . . . wie die „Gdingener Werft", die Hafenwerkstätten der Kriegsmarine in Gdingen . . . und Pińsk, die Werft in Modlin, die die Ansprüche der Kriegsmarine gerade nur bei kleineren Einheiten erfüllen können . . . eine sehr unerfreuliche Erscheinung in unserer Staatspolitik . . .!"

Die Reihe der Beiträge wird eröffnet durch einen Aufsatz, in dem der Präsident der Handelskammer, sowie des Hafeninteressentenrates in Gdingen, N. Korzon (Direktor des „Robur"-Konzerns, schwedischer Generalkonsul in Gdingen) verschiedene Wünsche für den weiteren Ausbau Gdingens vorbringt. Er erwähnt als wichtigsten Mangel die Notwendigkeit des Ausbaues der Hafeneisenbahnen, um zu bemerken, daß das Verkehrsministerium im allgemeinen hohes Verständnis für Gdingens Wünsche, gerade auch in tarifpolitischer Hinsicht, bewiesen hat. Weniger Verständnis zeigte die Privatwirtschaft für Gdingen:

„Heute ist Gdingen noch mehr Umschlagspunkt als neuzeitlicher Handelshafen . . . Die Industrie- und Handelsentwicklung Gdingens ist in erster Linie abhängig von den Kapitalinvestierungen des Hinterlandes . . ., womit die allmähliche Verlegung der wirtschaftlichen Dispositionszentren hierher . . . verbunden ist. Diese Mängel können keine Notmaßnahmen beseitigen, weil die Handelsentwicklung des Hafens funktional mit der Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens Polens . . . verbunden ist. Hier ist allgemein festzustellen, daß das polnische Wirtschaftsleben Gdingens Bedeutung als Handelshafen nicht genügend einschätzt, was in der gegenüber der Wirtschaftskraft des Hinterlandes relativ schwachen Investierungstätigkeit zum Ausdruck kommt . . ."

Wichtig und notwendig erscheint auch die Ausbildung eines zuverlässigen Arbeiterstammes, die Entwicklung einer gewissen Arbeitstradition, die ab 1. 7. 1934 durch eine Kommission des See-Amts zur Qualifizierung von Hafenarbeitern erfolgen soll.

Das Tempo der Hafenentwicklung in Gdingen genügt,

„die Umschlagziffern . . . lassen die Umsatzsteigerung unseres Außenhandels zurück und weisen eine in Polens Auslandsumsätzen nicht feststellbare Dynamik auf. Zweifellos könnte Gdingen heute schon auf eigene Faust versuchen, eine gewisse Handelsaktivität in den Beziehungen zum Ausland zu erreichen."

Hindernd wirken neben dem Mangel an Betriebskapital die Paßschwierigkeiten,

„die die Energie des Handels sehr hemmen und eine unverdiente Bevorzugung der Danziger Kaufleute, die in ganzer Fülle freien Verkehr mit dem Ausland besitzen, herbeiführen."

Erfreulich ist dagegen die in diesen Tagen erfolgende Verwirklichung des Gesetzes über die Stempelsteuererleichterungen, die Gdingen endlich den Auslandshäfen gleichstellen.

Die künftigen Entwicklungsaussichten werden nunmehr wie folgt beurteilt:

„Gdingen besitzt . . . alle Voraussetzungen für die Entfaltung einer auf Auslandsrohstoffe gestützten Industrie. Diese Frage ist untrennbar verbunden mit dem Ausbau des Hafens, besonders des Industriekanals(-beckens), da dies gleichzeitig die Terrainfrage löst. Die Großindustrie kann sich nur entfalten auf Terrains, die direkt ans Meer stoßen. Bezüglich der Kleinindustrie sehe ich Entwicklungsmöglichkeiten für Hafenindustrie im engeren Sinne, d. h. Herstellung von Schiffsbedarfsartikeln . . . Zweifellos hohe Aussichten hat auch die Fischerei-Industrie, aber wie schon erwähnt, steht dieses Problem in engster Verbindung mit der Frage der Investierungen privater Kapitalien in Gdingen."

Ähnlicher Ansicht ist auch der Vizepräsident der Handelskammer Gdingen, Dr. Smoleń (Vorsitzender des Verbandes selbständiger Kaufleute in Gdingen), der unter dem Titel: „Gdingens Zukunft als Handelszentrum liegt in den Händen der Privatinitiative" u. a. erklärt:

„Gdingen als . . . künftiges Zentrum des polnischen Überseehandels steht erst in der Anfangsphase seiner Entwicklung. Dahin wirken verschiedene Momente wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Natur, wobei die Jugend des Handelsapparates . . . das wichtigste ist. Diesen Apparat . . . schaffen wir erst, beginnend bei den bescheidenen Ansätzen privater Initiative. Gdingen ist als Hafen, d. h. als Komplex technischer Einrichtungen im Blitztempo entstanden, den passenden Menschen zur Bedienung eines solchen Hafens kann man nicht so schnell schaffen . . . Dieser entsteht erst jetzt allmählich aus den aktiveren, fähigeren Individuen unserer Kaufmannschaft . . . Dieser Prozeß muß sich in Gdingen unabhängig von der Entfaltung der Handelsinitiative im Hinterland vollziehen. Die allmähliche Verlegung der Zentren der Wirtschaftsdisposition großer Firmen des Hinterlandes nach dem Hafen deckt sich noch nicht mit dem Begriff der Entstehung einer . . . Hafenkaufmannschaft, die organisch und integral mit dem Leben des Hafens verbunden ist . . .

Zur Förderung dieser Entwicklungsprozesse, die nach den Worten der Handelsminister Zarzycki und Floyar-Rajchman dieselbe Fürsorge und Unterstützung des Staates verdienen wie die rein technische Ausstattung des Hafens, wird es not-

wendig sein, in Gdingen Bedingungen zu schaffen, die die Rentabilität des Handels, sowie die . . . Ansammlung von Betriebskapitalien in den Händen der Gdingener Kaufleute stärker fördern würden. In erster Linie würde es sich dabei um liberale Auslegung der Steuervorschriften handeln. Ferner wäre stärkeres Augenmerk zu lenken auf die heute überall wachsende gegenseitige Abhängigkeit des Im- und Exporthandels, die in den überaus zahlreichen Formen des Kompensationshandels zum Ausdruck kommt. Gdingen nimmt nur recht schwachen Anteil an diesem Umsatz, da ihm ein eigener Apparat . . . dafür fehlt.

Mehrfach hat die Presse die Frage der Finanzorganisation für den Handel Gdingens . . . berührt . . . Neuerdings beobachten wir in Gdingen eine allmähliche Entwicklung der Privatbanken. Diese Erscheinung ist in gewissem Grade begründet in der Abschnürung der Danziger Banken von ihren billigen Kreditquellen in Deutschland durch die dortigen Devisenbestimmungen . . . Zweifellos ist dies der Moment, in dem die polnischen Privatbanken bequemer . . . in das Gebiet des polnischen Überseehandels eindringen können . . .

In Verbindung mit dem Problem des Handels ist stets die Frage der Hafenindustrie, besonders der verarbeitenden Industrie mit Handelscharakter, zu erwähnen. Wir denken hier an Sortierungs- und Verpackungsbetriebe, Kaffeebrennereien, Kakaomühlen usw., Industrien, die mehr oder minder auf ausländischer Rohstoffeinfuhr beruhen. Solche Industrien entscheiden gewöhnlich über die Rentabilität der Hafen- und Handelsinteressen, dahin also muß unser Hafenleben seine Initiative lenken. Zur Entstehung einer Großindustrie sind noch verschiedene öffentliche Investierungen — zur Lösung der Terrain- und Verkehrsfragen vonnöten . . . Das gehört also noch erst der Zukunft an . . . Die kleine Hafenindustrie aber besitzt schon heute alle Existenzbedingungen, dazu erleichtert die Eröffnung des Freihafens in Gdingen vielen solchen Industrien die technische Lösung der Frage . . ."

Mit der Industrialisierung Gdingens beschäftigt sich auch der folgende Aufsatz, worin der Direktor des Staatlichen Exportinstituts, M. Turski, ausführt:

„Gdingen ist durch seine Lage . . . prädestiniert zum künftigen Industriezentrum, dessen Produktion einerseits auf der Zufuhr ausländischer Rohstoffe, andererseits auf der Konkurrenzfähigkeit der Seetransporte bei dem Fertigwarenexport beruhen wird."

Ansätze zu einer solchen Industrie sind vorhanden, mit Ausnahme zweier Großbetriebe (Reis-, Ölmühle) aber handelt es sich um unbedeutende Werke. Vorbedingung großzügiger Entfaltung ist die Vornahme gewisser Hafenerweiterungen; hindernd wirkt zur Zeit

„das Fehlen entsprechend vorbereiteter, direkt mit dem Meer . . . verbundener Terrains, denn die Großindustrie kann nur auf Terrains entstehen, die mit allen Verkehrseinrichtungen ausgestattet sind. Diese Frage ist verbunden mit dem weiteren Ausbau des Hafens, besonders . . . des Hafenkanals. Die Freihafenzone muß in ihren heutigen Grenzen mehr für Abfertigung und Verarbeitung mit Handelscharakter benutzt werden. Die von Jahr zu Jahr wachsende Vervollkommnung der Struktur unseres Exports lenkt ihr Augenmerk jetzt auf die Industriepolitik in Gdingen, auf die zahlreichen Möglichkeiten zur Schaffung von Industrien . . ., die Inlandsrohstoffe verarbeiten. Der Bau eines Exportschlachthofes und der damit verbundene Frischfleischexport ist eins der . . . Projekte, die sicher in naher Zukunft wieder aktuell werden. Andere Zweige der Lebensmittelindustrie, besonders im Import, haben ebenfalls große Entwicklungsmöglichkeiten.

Den Ausbau der Hafenindustrie muß . . . möglichste Ausspielung des Kostenunterschiedes bei Land- und Seetransporten . . . begleiten. Gdingen muß das Industriezentrum für alle Produktionszweige, die auf Masseneinfuhr ausländischer Rohstoffe beruhen, werden bzw. das Distributions- und Exportzentrum für Fertigwaren, die . . . aus einheimischen Rohstoffen hergestellt werden. Dieses Ideal ist zu erreichen . . ., indem wir weniger Rohstoffe und mehr Fertigwaren ausführen. Die Tendenz dazu besteht recht deutlich; das beweist schon die Steigerung des theoretischen Wertes pro to der Ausfuhr Gdingens von 52,6 (1932) auf 54,6 Złoty (1933) . . . bei gleichzeitigem Sinken des Durchschnittswertes pro to des polnischen Gesamtexportes von 77,4 auf 73,9 Złoty. Gdingens Industrie kann ein mächtiger Hebel zur Entwicklung dieser Tendenz im Gesamtaußenhandel Polens werden, ein bequemes konkurrenzfähiges Werkzeug zu weiterer Veredlung . . . unseres Außenhandels . . . Daher ist . . . die Entstehung des Industriezentrums in Gdingen eine der dringendsten und nächsten Aufgaben."

Der Beitrag von T. Ocioszewski: „Zusammenarbeit und Arbeitsteilung," verteidigt Polens Schiffahrtspolitik gegen den häufig erhobenen Vorwurf, das Chaos der Weltwirtschaft, zumal des Weltfrachtenmarktes, unnötig vermehrt zu haben, mit folgenden Argumenten:

„. . . Als wir als Staat . . . in das Weltwirtschaftssystem eintreten sollten . . ., konnte und durfte in unserer Ausrüstung kein wesentliches Element, das uns zu allseitiger internationaler Zusammenarbeit befähigte, fehlen. So wie wir die Arena der Weltwirtschaft z. B. nicht nur als Agrarstaat oder nur als Import- bzw. als Schuldnerstaat betreten konnten, konnten wir, im Besitz des Meeres, in die Völkerfamilie nicht ohne eigene Flotte eintreten. Polen konnte hier nicht — Krüppel bleiben. Nicht nur durfte man von uns nicht erwarten, daß wir uns mit der geographischen Genugtuung, ans Meer zu grenzen, begnügen und anderen die ganzen Sorgen und Vorteile des Dienstes zur See überlassen würden, sondern man mußte im voraus annehmen, daß wir alle Mühe daran wenden würden, um zur See alles, was aus unseren Bedürfnissen folgt und unsere Möglichkeiten nicht übersteigt, zu übernehmen.

Diese Wege ging . . . Polens Seepolitik wirklich. Polens Initiative in Schiffahrtsfragen beabsichtigte nicht im mindesten, mit den Seemächten . . . zu rivalisieren. Wir sind uns völlig klar darüber, daß sowohl unsere Wirtschaftsstruktur als unsere geographische Lage, unsere bisherigen Erfahrungen wie verfügbaren Mittel uns Umfang und Richtung unserer Arbeit zur See sehr genau . . . vorschreiben. Wir wollen nur nach . . . Möglichkeit selbst die Bedürfnisse unseres Seeverkehrs, die Bedürfnisse des Außenhandels und der Auswanderung erfüllen, ohne natürlich von den Möglichkeiten des Transits und der Dienste für die Nachbarn, die uns Geographie und andere natürliche Impulse diktieren, abzusehen. In diesem Umfang aber darf — worüber wir keinen Zweifel lassen wollen — niemand Groll oder Ansprüche an uns hegen. Was werden wir denn mehr haben als fast alle Seestaaten seit jeher besitzen? Wenn wir in Gdingen polnische Kohle, polnische Bacons usw. auf polnische Schiffe laden, wenn in diesem Gdingen der polnische Auswanderer ein polnisches Schiff besteigt, geschieht hier doch nichts anderes, als was gleichzeitig, nur in viel größerem Ausmaß, mit französischen Waren oder Passagieren in Le Havre, deutschen in Hamburg, italienischen in Genua usw. geschieht. In der ganzen Welt sind das unumstrittene, ganz normale Erscheinungen, durch langjährige Tradition und Erfahrung befestigt; sie mußten ebenso in Polen auftreten, wobei dies ein ebenso natürlicher, ganz unbestreitbarer Prozeß ist.

Zahlenmäßig ist unser Erfolg . . . noch nicht allzu hoch. Die Häfen des polnischen Zollgebiets erledigen zur Zeit schon über 70 % unserer gesamten Außenhandelsumsätze, aber Polens Flagge hat daran einen äußerst geringen Anteil, nämlich noch nicht 10 % . . . Es ist also festzustellen, daß vorerst Polens Politik der Seepräferenz eine Zusatzkonjunktur für die fremden Flotten schafft: statt der Eisenbahnen Europas arbeitet für uns die europäische bzw. außereuropäische Handelsflotte,

indem sie Transporte übernimmt, die bis vor kurzem . . . die westlichen Häfen oder den südlichen Landweg passierten. So hat also der Auslandsreeder in Polens . . . Seepolitik eigentlich einen Verbündeten gefunden.

Daher darf dieser Reeder auch nicht die Positionen unserer Schiffahrtsarbeit angreifen, die . . . unbestreitbare Domäne . . . der Nationalflagge bleiben müssen. Heute kann nicht mehr jedes Gebiet der See-Umsätze Polens freies Feld für jede Arbeitsmethode . . . sein. In einer Reihe von Jahren sind hier bestimmte vollendete Tatsachen geschaffen worden, die unsere nationalen Aspirationen zur See sehr genau festlegen. Wir haben sehr ausgedehnte neue Möglichkeiten für fremde Flotten geschaffen, sind erfreut, daß der Austausch von Diensten zwischen Polen und den fremden Flotten sich immer mehr . . . vertieft, gleichzeitig aber bestrebt — übrigens nicht als erste und nicht am stärksten in der Welt — gewisse Spezialaufgaben der eigenen Flotte . . . zu sichern, das ist unser gutes Recht . . ."

Der anonyme Beitrag: „Der Anteil der Landeswirtschaftsbank an der Entwicklung Gdingens" erwähnt die hohen Kredite, die die Bank für den Stadtausbau (20 Millionen Zloty), sowie den Wohnungsbau (27 Millionen Zloty, womit die Hälfte aller Neubauten finanziert wurde) zur Verfügung stellte, weiter die Förderung, die sie der polnischen Seefischerei (durch Gründung und Finanzierung der „Polnischen Seefischergenossenschaft") angedeihen ließ, um dann über die Rolle der Bank bei der Organisation des Baumwollimportes über Gdingen auszuführen:

„Die Mühen der Bank hierbei haben schon bedeutende Ergebnisse gezeitigt; das beweist das stete Wachstum der Baumwolleinfuhr über Gdingen: 1930 — 632 to, 1931 — 6 063,8 to, 1932 — 26 838,9 to, 1933 — 77 733,3 to, 1. Vierteljahr 1934 — 23 619,9 to.

Der Baumwollimport . . . forderte Erleichterungen, die ihm ausländische Baumwollhäfen bieten, also vor allem ein öffentliches Lagerhaus mit dem Recht zur Ausgabe von Warrants. Da die Entstehung eines öffentlichen Lagerhauses dringend war, aber wenig Aussicht bestand, daß es in Kürze durch Privatinitiative dazu kommen würde, hat die Bank im Einvernehmen mit dem Handelsministerium und dem See-Amt am 1. 3. 1934 das „Öffentliche Lagerhaus" bei seiner Gdingener Filiale gegründet. Um die entladene Baumwolle einlagern zu können, pachtete die Bank in dem Freihafen zwei Magazine, eins unmittelbar am Kai (7 000 qm Fläche) für Abfertigung und kurzfristige Lagerung, ein zweites, abgelegenes (8 000 qm Fläche) für langfristige Lagerung. Die gelagerte Baumwolle versichert die Bank selbst und gibt dafür Namens-Lagerscheine aus, die von Banken wie Importeuren gern genommen werden. In nächster Zukunft wird die Bank auch Warrants ausgeben, die von den Importeuren, Spinnern und den Instituten, die den Baumwollimport finanzieren, sehr gewünscht werden.

Die Lage der Magazine des „Öffentlichen Lagerhauses der Landeswirtschaftsbank in Gdingen" in der Freihafenzone bietet den Kunden große Erleichterungen, z. B. die Möglichkeit, die Waren bis zum Versand ins Inland zollfrei zu lagern, oder des Transites von . . . Waren, die für das Ausland bestimmt sind. Diese Bequemlichkeiten, sowie die Möglichkeit, gegen Verpfändung der von der Landeswirtschaftsbank unterzeichneten Warrants leichter Kredit zu erlangen, wird zweifellos zur Unterhaltung bedeutender Konsignationslager . . . führen; dafür sprechen außerdem die niedrigen, gegenüber anderen Häfen konkurrenzfähigen Sätze.

Neben der Lagerung führt das „Öffentliche Lagerhaus" alle, mit Entladung und Lagerung der Baumwolle verbundenen Arbeiten, Probeziehen usw. mit Hilfe qualifizierter Arbeiter in eigener Regie aus. Ferner ist die Bank an der Finanzierung des Importes amerikanischer und russischer Baumwolle stark beteiligt. Zuzufügen ist, daß auf Veranlassung der Bank die Industrie- und Handelskammer in Gdingen direkte Verbindung mit der Vereinigung der amerikanischen Baumwollexporteure zur gemeinsamen Festlegung der „Bedingungen für Baumwollhandel und -arbitrage in Gdingen" aufgenommen hat . . ."

Nunmehr teilt T. Nowacki (über diesen vergl. „Ostland-Berichte", Reihe A, Jahrg. V (1931), S. 107 f.) über „Die Handelsausnutzung des Meeres" u. a. folgendes mit:

„Gdingens Ausbau befindet sich erst in der Anfangsphase. Wir dürfen uns nicht an den bisherigen Resultaten berauschen, die gemessen an unseren Mitteln zwar imponierend, gegenüber unseren Aspirationen aber verschwindend gering sind. Gdingen ist unfertig. Wir haben gerade den ersten Teil unserer technischen Aufgaben vollendet, unserer harrt die Umgestaltung des ungenügend belebten . . . Hafens — in ein großes Zentrum des Welthandels, des polnischen Wirtschaftslebens. Diese zweite Arbeitsphase . . . ist weit schwerer und komplizierter, fordert größere Mühen, größere materielle und geistige Kapitalien . . . Zu den demnächst zu lösenden Fragen gehört vor allem die Konzentration der Zentren der Wirtschaftsdisposition in Gdingen . . . Gdingen ist noch nicht Handelshafen im vollen Sinne, eher erst Umschlagspunkt. Charakteristisch ist für Gdingen die Speditions- und Maklerfirma, nicht das Großhandelshaus. Handelshafen wird es erst sein, wenn hier eine selbständige, kräftige Kaufmannschaft auf gesunden Grundlagen entsteht . . ., ferner selbständige Finanzierungszentren. Der heutige Zustand ist, obwohl unvergleichlich besser als vor einigen Jahren, kaum der Anfang zur Selbständigkeit Gdingens in Handel und Finanz. Das weitere Wachstum der Stadt und ihrer Handels(— nicht nur Umschlags —)bedeutung wird sehr bedeutende wirtschaftliche, aber auch politische Folgen haben . . .

. . . Eng verbunden damit ist die Frage des Ausbaues der See- und Hafenindustrie in Gdingen."

Dazu zählt Verfasser u. a. die Produktion von Schiffsausrüstungsartikeln, die Verpackungsindustrie (Holzverarbeitung), Fischindustrie. Eine besondere Gruppe bildet die Großindustrie, die Auslandsrohstoffe für den Inlandsverbrauch oder Inlandsrohstoffe zum Export verarbeitet (vergl. den Aufsatz von Turski).

„Der Ausbau der Großindustrie hängt in erster Linie von der Privatinitiative . . . ab, ferner von der Frage geeigneter Terrains . . . Solche Terrains entstehen in Gdingen längs des geplanten Industriekanals. Die Beschleunigung des Baues dieses Kanals muß eins der Hauptpostulate im Programm weiteren technischen Ausbaues Gdingens sein. Mit dem künftigen Ausbau der Industrie wird die Frage des Baues der eigenen Werft aktuell. Die zur Zeit bestehende Werft mit einem kleinen Dock ist unzureichend für die Bedürfnisse eines Hafens, den 50 Schiffe täglich anlaufen . . . Der Bau einer Großwerft in Gdingen ist jetzt noch Zukunftsmusik; die nächste Etappe . . . wäre die Installierung eines Docks, in dem man Ausbesserung und Bau von Schiffen bis zu 3 000 to, d. h. des im Ostseeverkehr überwiegenden Typs, vornehmen könnte.

Der Ausbau der Industrie . . . steht noch in Verbindung mit dem Problem der Bautätigkeit. Bisher besteht leider noch ein großer Kontrast in der Güte öffentlicher und privater Bauten. Besonders schwach ist die Bautätigkeit aus Mitteln der Kleinbürger- und Arbeiterkreise Gdingens. Das ist ein sehr ungesundes Moment der Reserve und der Abneigung gegen die Anlage inländischen Privatkapitals in Gdingener Bauten, obwohl der Wohnungsbau in Gdingen wirtschaftlich rentabel ist. Polens Privatkapital ist sich nicht genügend klar über die besonderen Rentabilitätsbedingungen der Bautätigkeit in Gdingen, wo diese Rentabilität weit höher ist als im Landesinnern . . . Gegenwärtig ist Gdingen der Ort Polens, wo die Kapitalisierung von Investierungsgewinnen am leichtesten ist . . ."

Der umfangreiche Schlußaufsatz von Dr. B. Kasprowicz, dem Direktor des Hafeninteressentenrats, über „Die Zukunftsaussichten Gdingens" vergleicht die mengen- und wertmäßige Entwicklung der polnischen Außenhandelsumsätze mit der Entwicklung der Umsätze Gdingens in den Jahren 1929—1933 und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Während der Durchschnittswert pro to im Außenhandel 116,45 Złoty . . ., im Umsatz über Polens Hafen 88,78 Złoty (Gdingen 94,29 Złoty) beträgt, beträgt der Durchschnittswert pro to im Umsatz zwischen Polen und den „Seestaaten" Europas bzw. außereuropäischen Staaten . . . 700,65 Złoty. Bei einem Objekt von zwar nur 250 000 to handelt es sich hier um einen Wert von 170—180 Millionen Złoty, d. h. 10 % des Wertes des ganzen Außenhandels. Die Schlußfolgerung ist klar: Die hochwertigste Ware im Umsatz mit den Staaten, mit denen Polen der Seeweg verbindet, wird weiterhin nach Polen über fremde Häfen befördert, dabei ist das ein Umsatz, der mit vollstem Recht nach den polnischen Häfen gravitieren sollte."

Die Gründe für diesen Zustand sind: 1. die elastische Politik der deutschen Eisenbahnen, 2. der leistungsfähigere Handelsapparat der fremden Konkurrenzhäfen.

„Nehmen wir an, daß die Transportkosten dieser hochwertigen Waren bis zur polnischen Grenze durchschnittlich 10 % des Wertes betragen, der ausländische Vermittlergewinn 5 %, so können wir feststellen, daß noch immer ein Betrag von rund 27 Millionen Złoty jährlich ins Ausland geht für Dienstleistungen fremder Häfen . . . Bei Lenkung dieser Waren nach Gdingen würde . . . zunächst der polnische Reeder volle Ladung erlangen, ferner die polnischen Eisenbahnen ihre Einkünfte steigern . . ."

Eine gewisse Besserung sei unverkennbar: ein Vergleich der Umsätze in den ersten vier Monaten des Jahres zeigt, daß gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres, die Umsätze Gdingens mengenmäßig um 27 %, wertmäßig um 53,4 % gewachsen sind, der Außenhandel Polens dagegen nur um 22 % bzw. 8,5 %. Diese erfreuliche Tatsache aber

„berechtigt aber nicht zum „laissez faire" auf diesem Gebiet, sondern muß eher anfeuern zu beharrlicher Arbeit zwecks Beherrschung des gesamten polnischen Außenhandels durch die polnischen Häfen."

[„Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 146, 29./30. 6. 1934.]

Ergebnis der polnischen Agrarreform für die Zeit von 1919–1934.

Vor einiger Zeit (vergl. 1934, Nr. 14, S. 61*) berichteten wir über einen polnischen Fünfjahresplan für den Umbau der landwirtschaftlichen Struktur Polens. Die darin gemachten Angaben über die bisherigen Ergebnisse werden ergänzt durch die von der statistischen Abteilung des Landwirtschaftsministeriums bekanntgegebenen Zahlen über das Ergebnis der Agrarreform von 1919 bis 1934. Danach wurden in diesen 14 Jahren insgesamt 2 187 955 ha unter 584 716 Erwerber verparzelliert. Zum Vergleich sei erwähnt, daß der Großgrundbesitz von Großpolen rund 1 100 000 ha beträgt.

„Von dieser Summe wurden durch staatliche Parzellierung 501 840,6 ha (120 011 Erwerber) aufgeteilt, durch Privatparzellierung 1 454 864,4 ha (444 528 Erwerber), durch Parzellierung der Państwowy Bank Rolny 49 442,9 ha (9 026 Erwerber), durch Parzellierung der Militärsiedlung 142 243,5 ha (7 841 Erwerber) und durch Parzellierung der Annulationssiedlung 39 563,6 ha (3 310 Erwerber).

In der gleichen Zeit sind insgesamt 3 257 651,4 ha (442 690 Wirtschaften) zusammengelegt worden.

Allein im Jahre 1933 wurden insgesamt 80 276,3 ha (27 063 Erwerber) parzelliert, wovon durch staatliche Parzellierung 7 258,5 ha (1 594 Erwerber), durch Privatparzellierung 68 328,1 ha (24 668 Erwerber), durch Parzellierung der Państwowy Bank Rolny 4 523,6 ha (793 Erwerber), durch Parzellierung der Militärsiedlung 166,1 ha (8 Erwerber). Zusammengelegt wurden im Jahre 1933 rund 402 571,4 ha (63 957 Wirtschaften).

Außerdem sind in der Zeit von 1919 bis 1933 einschließlich 594 517 ha als Entgelt für die Aufhebung der Dienstbarkeit zugeteilt worden, wovon allein auf das Jahr 1933 19 819 ha entfallen.

Schließlich sind in der Berichtszeit noch 4 904 Kleinpächter auf einer Fläche von 37 352 ha angesiedelt worden, davon im Jahre 1933 385 Pächter auf 3 353 ha."

Im Anschluß daran bringt die „Gazeta Warszawska" vom 1. Juli 1934 interessante Angaben über die ferneren Parzellierungsaussichten und die konfessionelle Zusammensetzung der durch die bisherige staatliche und private Parzellierung Angesiedelten. Nach der Volkszählung von 1921 seien von den 3 261 909 ländlichen Wirtschaften auf Betriebe bis 1 ha 18,5 %, von 1—2 ha 15,3 %, von 2—5 ha 30,7 %, von 5—10 ha 22,5 %, von 10—50 ha 12 %, über 50 ha 0,9 % entfallen. Nehme man eine Betriebsgröße von 5 ha als Existenzminimum an, so hätten im Jahre 1921 in Polen von den 3 261 909 Wirtschaften 2 110 609 Wirtschaften, d. i. 64,6 % aller ländlichen Betriebe, das Existenzminimum nicht erreicht. Die Notwendigkeit einer Änderung der polnischen Agrarverfassung sei daher selbstverständlich gewesen. Dagegen sei es ein politischer Fehler und der Ausdruck mangelnder Fähigkeit zur Staatsleitung gewesen, daß man in der Folgezeit das Hauptaugenmerk auf die Parzellierung gerichtet, dagegen die Zusammenlegung, Melioration, Liquidation der Servitute und die Hebung von Viehzucht und Ackerkultur völlig unbeachtet gelassen habe.

Nach dem veröffentlichten Ergebnis der bisherigen Agrarreform sei ganz allgemein genommen rund 800 000 Familien Land zugeteilt worden. Rund ebenso viel aber betrage auch die Zunahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung in dieser Zeit.

Dabei sei der Landvorrat für weitere Parzellierungen nahezu erschöpft. Dann ziehe man von der Gesamtfläche des Großgrundbesitzes die auf Wald, Unland und Gärten entfallende Fläche ab, so verbleibe noch an Ackerland 3 892 882 ha, Wiesen 1 090 822 ha und Weiden 491 935 ha, zusammen 5 475 640 ha übrig. Von dieser Fläche sei gegen Ende 1933 schon über 2 819 800 ha verfügt worden. Für die 18 916 Großgrundbesitzerfamilien und für die weitere Parzellierung verbleiben also rund 2 656 000 ha.

„Und wenn wir jene 2 110 000 Zwergbetriebe bis zu 5 ha auffüllen wollten, so würde allein für sie ein Landvorrat von über 6 Millionen ha notwendig sein. Noch 10—15 Jahre solcher Landwirtschaftspolitik, wie bisher, und in Polen werden die Gutsbetriebe verschwunden, dagegen der Landhunger geblieben sein."

Hieran schließt der Verfasser des Artikels dann seine Erwägungen über die Religions- und Nationalitätenzusammensetzung der Landerwerber an.

„Hierzu noch eine Bemerkung. Zur Parzellierung gelangt der Großgrundbesitz, also Land, das bisher in Händen von Polen war. Ich weiß nicht, weshalb seit einigen Jahren die Behörden die Religionsstatistik der Neuerwerber verschweigen. Ich habe eine solche Statistik mit dem Amtssiegel nur für die Jahre 1924, 1925, 1926 und 1927 in Händen. Von den 178 034 Erwerbern aus der Parzellierung waren:

Römisch-Katholische	116 430	=	64 %
Griechisch-Katholische	20 151	=	12 %
Rechtsgläubige	38 588	=	22 %
Evangelische	1 197	=	0,7 %
Juden	1 051	=	0,6 %
Andere	617		

Die Volkszählung von 1921 ergab: Römisch-Katholische 61,5 %, Griechisch-Katholische 11,8 %, Rechtsgläubige 11 %.

In den Jahren 1926, 1928 und 1929 haben die polnischen Vereine im östlichen Kleinpolen eine private Religionsstatistik der Neuerwerber durchgeführt. Die Zählung ergab: von jeden verparzellierten 100 ha hatten die Ruthenen 89 %, die Polen 10,5 % und die Juden 0,5 % gekauft!

Diese Ziffern zeigen deutlich, daß rund 40 Prozent, und vielleicht auch noch mehr, des parzellierten polnischen Bodens in nichtpolnische Hände übergeht."

In diesem Zusammenhang verdiene auch die Steuerbelastung dieser Gebiete erwähnt zu werden. Während nämlich im Jahre 1928 die durchschnittliche staatliche Grundsteuer je 1 ha in der Wojewodschaft Krakau 2,19 Złoty, Lemberg 2,45 Złoty, Warschau 3,53 Złoty, Łódź 3,03 Złoty und Posen 3,74 Złoty betragen habe, sei sie in Wolhynien mit 1,50 Złoty, im Wilnagebiet mit 0,90 Złoty und in Polesien mit 0,76 Złoty berechnet worden.

[„Gazeta Warszawska" vom 7. 6. 1934 und 1. 7. 1934; „Dziennik Poznański" vom 9. 6. 1934.]

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Diplomvolkswirt Rudolf Neumann, Danzig.
Druck von Ottomar Steinbach, Danzig.